

1. Mai-Demonstrationen und Gedenken zum Tag der Befreiung am 8. Mai

Genossen der Kommunistischen Initiative – aktiv vor Ort!

An den Demonstrationen anlässlich des 1. Mai und bei den Gedenkveranstaltungen, die dem Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai gewidmet waren, nahmen in diesem Jahr auch Mitglieder der Kommunistischen Initiative teil. Dabei waren sie nicht nur optisch, sondern auch politisch



aktiv anwesend, indem sie vielfach die Gelegenheit nutzten, mit anderen Bürgern ins Gespräch zu kommen. Weder ließen sie sich dabei von polizeilichen Maßnahmen einschüchtern noch von Versuchen, sie an der Veranstaltungsteilnahme zu hindern. Auch die antikomunistischen Sprüche ewig Gestriger beeindruckten sie nicht.

So versuchte der DGB-Veranstalter am 1. Mai in Dresden, die Kommunisten aus der KI mit fadenscheinigen Begründungen vom Kundgebungsplatz fernzuhalten, aber unsere Genossen wechselten einfach die Standorte, zeigten mit DDR- und Sowjetfahnen sprichwörtlich Flagge und diskutierten mit den Anwesenden, verteilten Flugblätter und verkauften Druckerzeugnisse der KI. Ihr Auftreten fand dabei sowohl bei Älteren wie bei Jugendlichen positive Aufmerksamkeit.

Die Genossen der KI Baden-Württemberg berichteten von ihrer Teilnahme an der 1. Mai-Kundgebung in Stuttgart, dass sie ebenfalls mit Erfolg eine größere Zahl KI-Flugblätter verteilen und Gespräche mit Interessierten und auch Sympathisanten führen konnten.

In Duisburg demonstrierten KI-Mitglieder gemeinsam mit anderen auf der revolutionären 1. Mai-Demonstration gegen Lohnraub, Unterdrückung und Krieg. Mit den Anwesenden führten die Genossen lebhafte Diskussionen, wobei eines der Themen die Spaltung der kommunistischen Bewegung war. Die Genossen der KI erklärten dabei ihren Standpunkt, dass der Revisionismus ein Hauptgrund für die Spaltung und die derzeitige Schwäche der Kommunisten ist und eine Rück-

besinnung auf die Grundlagen des Marxismus-Leninismus Voraussetzung für die Herstellung der Einheit ist. Sie verwiesen dabei auf die von der KI in ihrem Gründungsaufwurf formulierten unverzichtbaren Grundsätze, insbesondere auf das Anerkennen ALLER wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die Anerkennung des Sozialismus in der UdSSR, der DDR und anderen Ländern und auf die Notwendigkeit des Kampfes der Kommunistischen Partei gegen jede Form des Revisionismus und Reformismus.

KI-Mitglieder gedachten der sowjetischen Befreier vom deutschen Faschismus

Etwa zweihundert Personen fanden sich am 8. Mai am Dresdner Ehrenmal der Sowjetsoldaten ein, um der Kämpfer gegen den Faschismus und für die Befreiung der Völker zu gedenken. In diesem Ringen hatte die Sowjetunion die Hauptlast getragen und die größten Opfer gebracht. Die KI war mit ihrem Banner „Für Faschisten und Kriegstreiber: STALINGRAD!“ vertreten, das nicht nur beliebtes Fotoobjekt war, sondern auch Anlass zu Gesprächen mit den Kundgebungsteilnehmern bot. Die Genossen der KI ließen sich auch von einer Polizeiaktion nicht beeindrucken, in der die Dresdner Polizei eine angeblich „rechtswidrig“ gezeigte FDJ-Fahne beschlagnahmte. Rechtswidrig ist dabei nur das Vorgehen der Polizei, denn die FDJ samt ihrer Symbole ist eine legale Organisation.

Auch In Plauen trafen sich am 8. Mai Antifaschisten und



Vertreter linker und kommunistischer Organisationen, darunter Mitglieder der Kommunistischen Initiative, am Ehrenmal für die im Kampf um die Befreiung vom Faschismus gefallenen Sowjetsoldaten. Sie setzten damit auch ein Zeichen gegen die Faschisten, die sich in provokatorischer Weise zur gleichen Zeit dort versammelt hatten.

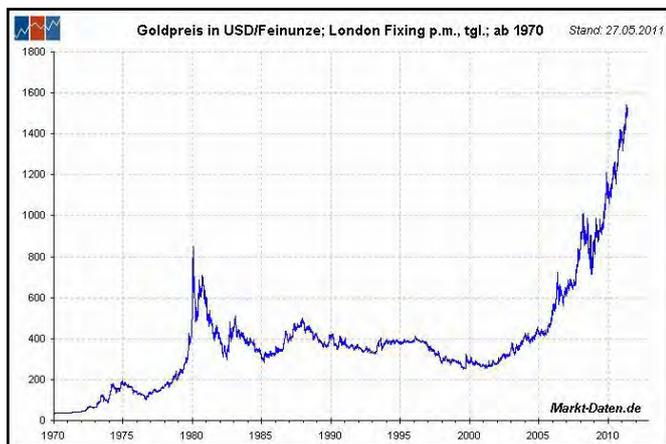
KI Sachsen / KI Baden-Württemberg / KI NRW / RO Vogtland

Die Krise – Gesetzmäßige Entwicklung des Kapitalismus

Der Kapitalismus befindet sich seit Jahrzehnten in einer Krise. Diese Krise spitzte sich in den vergangenen zehn Jahren, besonders ab 2008, weiter zu. Indikatoren dieser Krise des Kapitalismus sind u. a. der tendenziell ansteigende Goldpreis, die kontinuierlich steigende Staatsverschuldung sowie die sinkenden Realeinkommen. Weitere Indikatoren sind die Privatisierung öffentlichen Eigentums und die Kürzungen der Staatsausgaben z. B. im Bereich Gesundheit oder Bildung. Indikatoren für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus sind aber auch die beständig steigenden Rüstungsausgaben und die zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen sowie die massive Stützung der Konzerne durch den imperialistischen Staat.

Der Goldpreis als Krisenindikator

Betrachten wir den Goldpreis als allgemeinen Indikator der Krise des Kapitalismus näher.



Verlauf des Goldpreises seit 1970

Die Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Goldpreises in US-Dollar seit 1970. Hierbei handelt es sich um einen schon lange anhaltenden Trend, der uns in erster Linie auf eine allgemeine Geldentwertung hinweist. Insbesondere seit dem Jahr 2001 steigt der Goldpreis tendenziell stark an. Teilweise wird der Auftrieb des Goldpreises auch von der Spekulation auf höhere Goldpreise getrieben, was aber durch die Betrachtung des Trends über einen längeren Zeitraum vernachlässigbar ist. Aufgrund der sich tendenziell immer weiter verschlechternden Investitionsmöglichkeiten in Produktionsmittel aller Art, Investitionen, die in irgendeiner Weise privatkapitalistischen Profitinteressen dienen können, erfolgt eine Sicherung der privat angeeigneten Arbeitszeit (Mehrwert), in Gold. Gold ist der beste Speicher für Arbeitszeit. Somit erfüllt Gold die Funktion des „sicheren Hafens“ bei sich eintrübenden Investitionsmöglichkeiten und platzenden Spekulationsblasen. Noch nie war der Goldpreis so hoch wie heute und noch nie war der Goldpreis so lange auf so hohem Niveau. Aufgrund seiner Eigenschaften wie z. B. Giediegenheit, Säureresistenz (außer bei Königswasser) und der begrenzten Anwendungsmöglichkeit als Industrierohstoff kristallisierte sich Gold im Laufe der Jahrhunderte als der beste Speicher für Arbeitszeit heraus.

Die allgemeine Geldentwertung, die Inflation, ist dabei von den meisten bürgerlichen Ökonomen durchaus gewünscht und wird von ihnen positiv eingeschätzt, da eine allmähliche Inflation eher den Konsum anregt und die Konsumenten zum Ausgeben ihrer Ersparnisse nötigt. Die Deflation hingegen bewirkt eher

eine Kaufzurückhaltung, da von weiter fallenden Preisen ausgegangen wird, was einen Aufschub des Kaufs einer Ware zur Folge hat. So wurde und wird zur „Belebung der Wirtschaft“ in den führenden kapitalistischen Machtzentren, den USA, dem Kaiserreich Japan und der EU das Geld bewusst entwertet durch den Kauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren. In Japan konnte allerdings, trotz angestrebter Inflation, die tendenzielle Aufwertung der japanischen Währung Yen nicht verhindert werden, was sich negativ für die japanischen Exporte auswirkte und auswirkt.

In den USA stieg die Bundesbank der USA, die Federal Reserve, durch den verstärkten Ankauf von US-Staatsanleihen und anderen Wertpapieren zum größten Gläubiger der USA auf und besitzt jetzt US-Staatsanleihen im Wert von mehr als 1,2 Billionen US-Dollar. **Im Jargon der bürgerlichen Ökonomen gilt der Ankauf von Staatsanleihen gemeinhin als „Geld drucken“.**

Weiterhin befinden sich die Leitzinsen der größten kapitalistischen Zentralbanken auf historisch niedrigem Niveau, insbesondere im Kaiserreich Japan („Null-Zins-Politik“). Die Anhebung des Leitzinses in der Europäischen Union durch die Europäische Zentralbank am 7. April dieses Jahres von 1% auf jetzt 1,25% war dabei mehr ein symbolischer Akt als eine tatsächliche Trendwende. Im Jahr 2000 lag der Leitzins der EZB noch bei 4,75%. Die Leitzinsen der US-Notenbank befinden sich seit Dezember 2008 auf dem historisch niedrigen Stand von 0,00/0.25% (Leitzins-Korridor), die Leitzinsen der Bank of England, der Notenbank des Vereinigten Königreiches, seit März 2009 bei 0,50%.

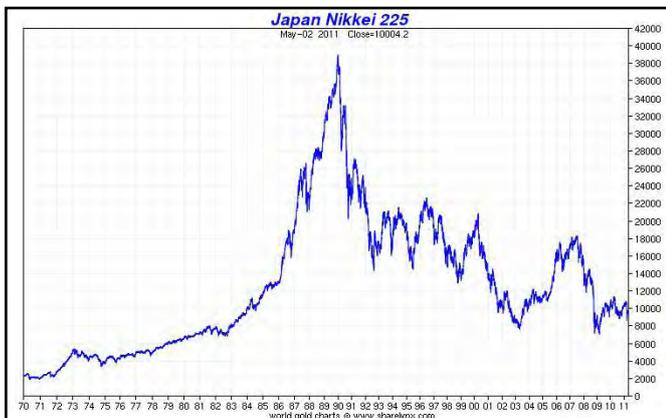
Gesetzmäßig unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeit der kapitalistischen Zentren führt zu neuen Verteilungskonflikten

Die Krise des kapitalistischen Systems spitzt sich in den imperialistischen Machtzentren unterschiedlich stark zu und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Dabei ist der Prozess des Niederganges im Kaiserreich Japan am weitesten fortgeschritten. Vor zwei Jahrzehnten begann im Kaiserreich Japan die Wirtschaftsleistung zu stagnieren. Seit 15 Jahren kontrahiert die Wirtschaftsleistung in der Tendenz. Zur „Wirtschaftsbelebung“ wurden seit Jahren durch den japanischen Staat „Konjunkturprogramme“ aufgelegt und es erfolgten Interventionen am Devisenmarkt, um die Aufwertung des japanischen Yen zu verhindern. Mit dem Kauf von US-Dollar durch die japanische Zentralbank sollte der Yen abgewertet und der Export japanischer Waren angeregt werden. Erst im September 2010 kaufte die Zentralbank Japans für 2 Billionen Yen (etwa 24 Mrd. €) US-Dollar am Devisenmarkt. **Diese Intervention konnte lediglich für zwei Wochen die weitere Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar verzögern. Hierbei zeigt sich noch einmal sehr deutlich, dass es sich bei der Krise des Kapitalismus primär um eine Absatzkrise handelt. Weitere Maßnahmen des japanischen Staates waren und sind der massive Ankauf von Staatsanleihen durch die japanische Zentralbank. Durch den Kauf von Staatsanleihen ist der Staat weiterhin liquide, obwohl er kreditunwürdig und de facto bankrott ist. Auch die EZB ist bisher aus ihrem „Programm“ zum Ankauf von Staatsanleihen nicht ausgestiegen. Gegenwärtig beläuft sich die Staatsverschuldung Japans auf 204 % im Verhältnis zum jährlichen Bruttoinlandsprodukt. Damit besitzt das Kaiserreich Japan die höchste Staatsverschuldung eines**

Industriestaates und die zweithöchste Staatsverschuldung weltweit. Weiterhin erfolgte eine Senkung der Leitzinsen. Seit 1999 schwanken die Leitzinsen lediglich zwischen 0,00 und 0,50 % („Null-Zins-Politik“). Seit dem 5. Oktober 2010 gilt für die japanischen Leitzinsen ein Korridor von 0,00 – 0,10 %.

Aber wie schätzt die Bourgeoisie selbst die Entwicklung der japanischen Wirtschaft ein?

Der Nikkei225, der Leitindex der 225 größten börsennotierten Unternehmen im Kaiserreich Japan (siehe Abbildung 2), ist tendenziell seit 1989 rückläufig (Höchststand 38.957,44 Punkte am 29. Dezember 1989). Das heißt nichts anderes, als dass die Aussichten auf einen möglichen zukünftigen Profit sich tendenziell verschlechtern. Die Entwicklung Japans lässt uns vorausahnen, welchen Weg die anderen imperialistischen Staaten beschreiten werden. Japan zeigt uns das „Schicksal“, das alle anderen führenden imperialistischen Staaten ereilen wird. Alle Gegenmaßnahmen versagen und führen nur noch in eine konsistentere und umfassendere Krise. Es ist die Endphase des Imperialismus.



Verlauf des Nikkei225 seit 1970

Der Ausbruch der offenen Wirtschaftskrise seit 2008 beschleunigte die Krisenprozesse des Kapitalismus. Mit dem Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise beschleunigten sich die Prozesse der Konzentration der Monopole. Als Beispiel sei hier der Aufstieg des VW-Konzerns zum bald größten Autokonzern der Welt und die Insolvenzen und Übernahmen von US-amerikanischen, schwedischen und britischen Autokonzernen durch andere Autokonzerne genannt. Oder schauen wir auf die zahlreichen Pleiten und Fusionen von Banken und Versicherungen in den vergangenen drei Jahren. Die so genannte Finanz- und Wirtschaftskrise hob die Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf eine neue Stufe. Sie beschleunigte die Herausbildung wirtschaftlicher Ungleichgewichte. Hierbei wird mehr denn je deutlich, dass eine gleichmäßige Entwicklung im Imperialismus unmöglich und eine ungleichmäßige Entwicklung im Imperialismus unvermeidbar ist. Mehr denn je werden die Mächtigen auf „Kosten“ der Schwachen stärker und mehr denn je werden die Schwachen von den Mächtigen ausgeblutet und der Kampf der Mächtigen um das Blut der Schwachen wird erbitterter geführt. Nehmen wir die jüngste Entwicklung der Europäischen Union als Beispiel. Die Staaten Portugal, Griechenland und Irland werden im Jahr 2011 voraussichtlich kein Wirtschaftswachstum erreichen, sondern die Wirtschaftsleistung wird in diesen drei Staaten schrumpfen. Die BRD wird hingegen ein Wirtschaftswachstum von voraussichtlich 2,8 % erreichen, nach 3,6% im Jahr 2010. Somit werden die Staaten Griechenland, Portugal und Irland einmal mehr ein bloßes Anhängsel der kapitalistischen Verwertungsbedürfnisse der deutschen Monopolbourgeoisie sein.

Aber was bedeutet eigentlich Wirtschaftswachstum? Was bedeutet kapitalistisches Wirtschaftswachstum für uns? In Zeiten des

„Wachstums“ wurden die Hartz 4-Gesetze und die Praxisgebühr eingeführt. Die „Agenda2010“ entstand und wurde umgesetzt in Zeiten des „Wachstums“, des „Wohlstandes“, der „Prosperität“. Seit Jahrzehnten ist die BRD ein Staat der Massenarbeitslosigkeit und der Verschuldung, der Kürzungen, aber auch der Erhöhungen, ein Staat, in dem öffentliches Eigentum privatisiert wird. Und hierbei bildet die BRD nicht die Ausnahme, sondern die Regel. In allen führenden imperialistischen Staaten bedeutet „Wachstum“ das Wachstum des Elends und der Knebelung. Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den imperialistischen Machtblöcken USA, Kaiserreich Japan und Europäischer Union beschleunigen sich, durch die beschleunigende Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Die Aufteilung der Welt unter diese Machtblöcke wird immer erbitterter geführt. Jüngste Beispiele dafür sind der Krieg der NATO gegen Libyen und der Eroberungskrieg Frankreichs um die Elfenbeinküste sowie die Kriegsvorbereitungen gegen Syrien und Iran.

Die Krise ist innerhalb des Kapitalismus nicht zu lösen

Der Kapitalismus kann sich aus seiner Krisenhaftigkeit nicht befreien. Die imperialistischen Staaten werden aggressiver nach außen und nach innen. Die Kriegsgefahr steigt und die Repressalien gegen das Proletariat werden härter. Der Kapitalismus ist immer mehr das System des Siechtums und der Fäulnis, das System des Elends und des Krieges, das System der Barbarei. Der Kapitalismus wird gesetzmäßig untergehen, denn in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen sind die Produktivkräfte zu Destruktivkräften geworden. Der Kapitalismus heute ist Reaktion auf der ganzen Linie. Er ist mehr denn je das System der Zerstörung und Vernichtung. Erst die kommunistischen Produktionsverhältnisse, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und Produkten der gesellschaftlichen Arbeit, beendet die Destruktion. Noch nie hatte die Produktion einen so hohen Grad der Vergesellschaftung wie heute. Doch die Aneignung der Ergebnisse des Produktionsprozesses findet immer noch privatkapitalistisch statt. Der Untergang des Kapitalismus und der Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft vollziehen sich aber nicht automatisch, sondern im Verlauf eines sich zuspitzenden Klassenkampfes bis hin zur Entstehung einer revolutionären Situation, die die objektiven Voraussetzungen für die Arbeiterklasse schafft, die alte Ordnung zu stürzen. Der bloße Zusammenbruch des Kapitalismus würde freilich nur in die Barbarei führen. Der Zerschlagung der kapitalistischen Verhältnisse muss der Aufbau neuer gesellschaftlicher, sozialistischer Verhältnisse folgen. Für uns, das Proletariat, steht die Entscheidung: Wollen wir mit dem Kapitalismus untergehen? Es kann darauf nur eine Antwort geben! Wir müssen den Kapitalismus vernichten und den Kommunismus errichten. Dafür brauchen wir die Kraft, die das Proletariat siegreich in die kommunistische Revolution führt und uns beim Aufbau des Kommunismus anleitet. Schaffen wir uns also die revolutionäre Kampfpartei! Vorwärts mit der Kommunistischen Initiative!

Literaturhinweise und Links

„Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011“

Statistisches Bundesamt www.destatis.de

www.teleboerse.de

www.steuerzahler.de

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“

Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“

1 Quelle: treasury.gov in „Die Presse“, 2011

2 Quelle: www.leitzinsen.info, Mai 2011

3 Quelle: „Japan kauft sich Zeit“, www.n-tv.de, 15. September 2010

4 Quelle: OECD in „Financial Times Deutschland“, 2011

5 Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011, April 2011

Wir müssen die Politische Ökonomie des Sozialismus wieder vom Kopf auf die Füße stellen

Alle gesellschaftlichen Verhältnisse beruhen letztlich auf ihrer jeweiligen Ökonomie, den in ihnen herrschenden Eigentumsverhältnissen und ihren Wechselwirkungen auf Staat und Politik. Ohne das Verständnis der Ökonomie gibt es keine Erkenntnis über die Entwicklungs- und Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft. Die Befreiung der Politischen Ökonomie des Sozialismus von den revisionistischen Verwerfungen ist nicht möglich ohne das Studium der Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse insgesamt. Wir können die Politische Ökonomie des Sozialismus nur dann wieder vom Kopf auf die Füße stellen, wenn wir wissen, worauf die Politische Ökonomie des Sozialismus fußt und worin sie sich grundsätzlich von aller vorherigen Ökonomie unterscheidet.

Seit die Menschen über die urgesellschaftlichen Verhältnisse hinausgingen, Waren produzierten und damit handelten, das Geld in den wirtschaftlichen Kreislauf Eingang fand, sich die Gesellschaft im Zuge dieser Entwicklung in Klassen, in Arm und Reich spaltete, beschäftigte die Menschen zugleich die Frage, wie und warum Wirtschaft funktioniert, warum sie die einen stets in Armut lässt, während andere immer größere Reichtümer anhäufen. Das „Geheimnis“, wie und warum z.B. Waren einen bestimmten Wert gewinnen, zu welchem Preis sie sich tauschen, die „Faszination“ des Geldes, warum es offenbar stets den Mächtigen und Reichen zufließt und warum jenen, die all den Reichtum mit ihrer Hände Arbeit schaffen, trotz aller Schufterei am Ende kaum des Nötigsten zum Leben bleibt. Die offenkundige Ungerechtigkeit der Verhältnisse ließ ebenso schon immer Menschen darüber nachdenken, wie Gerechtigkeit für alle zu schaffen sei.

Armut und Reichtum sind keine Frage des Schicksals oder der Moral, sondern eine Klassenfrage

Für die Mächtigen, die herrschenden Klassen, waren seit der Antike ihre Gesellschaften der Ausbeutung und Unterdrückung in der öffentlichen Darstellung stets unabänderliche „göttliche“ Verhältnisse, die anzuzweifeln oder gar zu bekämpfen ein strafwürdiger Frevel, ja ein Verbrechen war, das

„Recht“ und „Ordnung“ bedrohte und somit rechtmäßig zu unterdrücken war.

Für die Kritiker dieser Gesellschaften, die das innere Wesen der ökonomischen Verhältnisse nicht erkannten, nichts von der gesetzmäßigen Abhängigkeit des Charakters der Gesellschaft von den Eigentumsverhältnissen und den damit verbundenen Klassen und daraus

folgenden Klassenkämpfen wussten, bestand die Hoffnung auf Überwindung der Ungerechtigkeit zumeist in der EINFORDERUNG von mehr „Moral“ und „Gerechtigkeitssinn“ auf Seiten der Herrschenden. Das spiegelt sich z.B. wider in den Utopien von einem idealen Staat wie in Platons „Politeia“*, in dem die gerechte Staatsführung nicht den üblichen Herrschern, sondern weisen, tugendhaften, das „Gute“ kennenden „Wächtern“ obliegen sollte. Der römische Philosoph Seneca geißelte die Maßlosigkeit der Mächtigen in seiner Schrift „De brevitate vitae“ („Von der Kürze des Lebens“): „Aber den einen hält unersättliche Habsucht in ihren Banden gefangen, den anderen eine mühevoll Geschäftigkeit, die an nutzlose Aufgaben verschwendet wird; der eine geht ganz in den Freuden des Bacchus auf, (...) den anderen treibt der gewinnsuchende, rastlose Handelsgeist durch alle Länder...“ (1) Eines war all den Kritikern aber auch gemeinsam: Sie zweifelten die eigentliche gesellschaftliche Ordnung nicht prinzipiell an und nicht wenige von ihnen verurteilten ausdrücklich jeden Versuch der unterdrückten Klassen, sich gegen ihre Ausbeuter zu erheben. Durchschauten schon die Gebildeten das wahre Wesen ihrer Gesellschaften nicht, so konnten das die unterdrückten Klassen noch viel weniger. So scheiterten z.B. der Sklavenaufstand unter Spartacus in der Antike oder der Aufstand der deutschen Bauern im 16. Jahrhundert letztlich mit Notwendigkeit. Sie wussten wohl, wogegen man kämpfte, sie wussten zu Teilen auch wofür (so hatten z.B. die aufständischen Bauern 1525 in Memmingen 12 Artikel mit Forderungen verfasst**), aber ihre Forderungen bewegten sich allesamt im Grundsatz auf dem Boden der bestehenden Ordnung. Weder die römischen Sklaven noch die deutschen Bauern waren sich zu ihrer Zeit darüber im Klaren, dass sie – um dauerhaft zu siegen – die bestehenden Verhältnisse hätten stürzen, die Eigentumsverhältnisse umwälzen und so die Herrschaft über die Ökonomie gewinnen müssen, wofür im Übrigen bei diesen Ereignissen auch die dafür notwendigen objektiven Voraussetzungen noch nicht herangereift waren.

Auch die bürgerliche Aufklärung setzte in ihrer Kritik an den feudalen Verhältnissen auf den „vernünftigen“ Herrscher, und auch wenn einige Vertreter aus der Strömung des „Sturm und Drang“ in einigen ihrer Werke heftige Kritik an den Missständen der Gesellschaft übten, fanden sie über deren Grenzen nicht hinaus.

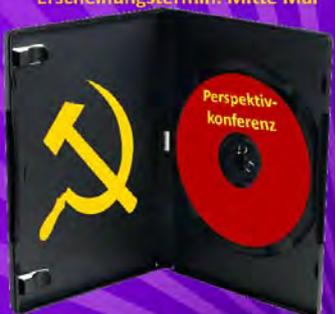
Der wissenschaftliche Sozialismus beantwortet die gesellschaftliche Fragen erstmals aus deren innerem Wesen heraus

Erst eine neue Weltanschauung, der von Karl Marx und Friedrich Engels begründete wissenschaftliche Sozialismus, schuf eine völlig andere Einsicht in die Entwicklungs- und Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft. Sie entkleideten alle bisherigen Theorien über die Gesellschaft und der Ökonomie von allem Mystizismus, setzten an die Stelle des moralischen Appells an die Herrschenden die Theorie und Praxis vom Kampf zwischen den Klassen und der gesetzmäßigen Abfolge von Klassengesellschaften durch evolutionäre Entwicklung und revolutionäre Veränderung.

Mit dem „Kommunistischen Manifest“ gaben Marx und Engels einen ersten Überblick über die gesetzmäßig in der Gesellschaft wirkenden ökonomischen und politischen Verhältnisse, über die Rolle der Klassen und der daraus folgenden historischen Mission der Arbeiterklasse, die eben nicht darin

**Die Perspektivkonferenz
- Der Film**

jetzt vorbestellen
Erscheinungstermin: Mitte Mai



10,- € Spende + Versandkosten
bestellbar unter:
ki-tv@kommunistische-initiative.de

besteht, die bestehenden Verhältnisse zu „bessern“, sondern, und das erstmals in der Geschichte, die ausbeuterischen Verhältnisse insgesamt zu überwinden und an ihre Stelle eine Gesellschaftsordnung frei von Ausbeutung und Unterdrückung zu errichten, den Sozialismus.

In ihrem Hauptwerk, „Das Kapital, Kritik der Politischen Ökonomie“ haben Marx und Engels als erste Philosophen und Ökonomen detailliert und wissenschaftlich begründet die Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie dargestellt. Sie zerstörten damit die Mythen um die Produktion und den Austausch von Waren, des Geldes, die Entstehung von Wert und Mehrwert und Profit, die Verteilung und Aneignung des produzierten gesellschaftlichen Reichtums. Sie erklärten damit, warum und wie Klassen bestehen und weshalb diese gesetzmäßig bestimmte Interessen entwickeln und damit in Widerspruch zueinander geraten und weshalb diese Widersprüche letztlich nur auf revolutionäre Weise aufgehoben werden können. Diese fundamentalen Erkenntnisse bildeten auch die unverzichtbare Basis für die Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus und deren konkreten Anwendung in den sozialistischen Staaten.

Kein bürgerlicher Ökonom, der diese Berufsbezeichnung auch nur annähernd verdient, hat es je gewagt, „Das Kapital“ von Marx und Engels in seiner Gänze als „falsch“ zu bezeichnen oder zu widerlegen. Statt dessen versucht man insbesondere die politischen Schlussfolgerungen anzugreifen. Die Revisionisten innerhalb der kommunistischen Bewegung verfolgen in der Regel die Strategie, Marx und Engels als wohl gültig für den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts anzuerkennen, aber ihre Lehren seien für den „modernen“ oder den „neoliberalen“ Kapitalismus des 21. Jahrhunderts so nicht mehr anwendbar. In trauter Gemeinschaft mit den antikommunistischen bürgerlichen Apologeten des Kapitalismus „trennen“ die Revisionisten den revolutionären Charakter der marxistischen Politischen Ökonomie, der später erfolgreich von kommunistischen Führern und Staatsmännern wie Lenin und Stalin weiterentwickelt wurde und zu dem auch gerade in der DDR Walter Ulbricht wertvolle Beiträge leistete, einfach ab und versuchen das Erbe von Marx und Engels auf die bloße Beschreibung ökonomischer Vorgänge zu reduzieren.

Sie argumentieren dabei insbesondere mit Verweis auf die Niederlage des Sozialismus 1989/90, die sie nicht als Sieg der Konterrevolution bezeichnen, sondern als Folge einer letztlich politisch und ökonomisch nicht durchsetzbaren „Utopie“ darstellen. Zugleich rechtfertigen sie ihr Überlaufen zum Kapitalismus damit, ohne „Marktwirtschaft“ gehe es nun mal nicht. Sie fallen folgerichtig auch in ihrer „Gesellschaftskritik“ zurück in die Zeiten des bloßen Moralisieren über gesellschaftliche Ungerechtigkeiten bei gleichzeitiger Ablehnung des revolutionären Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Nach der konterrevolutionären Zerstörung der UdSSR, der DDR und anderer sozialistischer Staaten behaupten sie um so eifriger, dass der „Marxismus-Leninismus“ und die „sozialistische Ökonomie“ in Theorie und Praxis gescheitert seien.

Nicht das Festhalten am Marxismus-Leninismus, sondern die Abkehr davon eröffnete den Weg zur konterrevolutionären Zerstörung des Sozialismus

Tatsache ist aber vielmehr, dass nicht die Anwendung marxistisch-leninistischer Prinzipien, sondern eben genau die fortschreitende Abkehr von ihnen und ihre Ersetzung durch revisionistisch-reformistische Inhalte zur Hauptursache für die (zeitweilige) Niederlage des Sozialismus führten. Die Deformierung und Negierung der Politischen Ökonomie des Sozialismus setzte nicht erst mit der offenen Konterre-

volution 1989/90 ein.

Seit Begründung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse war diese nicht nur den Anfeindungen von außen durch die Bourgeoisie ausgesetzt, sondern auch innerhalb der kommunistischen und Arbeiterbewegung wurde sie ständig von revisionistisch-reformistischen Strömungen angegriffen.

Solange die kommunistische Bewegung und später die sozialistischen Länder ihre Politik nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausrichteten, waren sie erfolgreich und konnten sie sich gegen die Angriffe der inneren und äußeren Konterrevolution verteidigen. Es ist eine unwiderlegbare Tatsache: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution siegte, weil das Proletariat von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wurde. Die Revolution konnte auch unter den Bedingungen eines fortdauernden Krieges und der nachfolgenden weißen Konterrevolution (politisch, ökonomisch und militärisch unterstützt durch den Weltimperialismus) verteidigt werden. Unter unglaublich schwierigen Bedingungen wurde eine neue, sozialistische Wirtschaft auf der Grundlage des Gemeineigentums aufgebaut. Unter Lenins und Stalins Führung überwand die UdSSR die ungeheure Rückständigkeit des früheren zaristischen Russlands und der von ihm kolonial unterjochten Völker, baute einen sozialistischen Vielvölkerstaat in Eintracht auf mit einer ständig erstarkenden sozialistischen Ökonomie und konnte schließlich auch mit der Zerschlagung des deutschen Faschismus die Unbesiegbarkeit des Sozialismus unter Beweis stellen, solange er sich auf der Basis seiner wissenschaftlichen Weltanschauung entwickelt. Gleiches gilt für den Aufbau der DDR. Trotz einer ungleich schlechteren Ausgangslage als die der kapitalistisch restaurierten BRD konnte die DDR selbst unter den Bedingungen einer offenen Grenze zum Imperialismus erfolgreich den Sozialismus errichten und eine moderne, entwickelte sozialistische Ökonomie aufbauen und dabei jeden konterrevolutionären Angriff zurückschlagen. Wie war das möglich, wenn angeblich der Marxismus-Leninismus eine „untaugliche Ideologie“ ist und wenn die sozialistische Planwirtschaft angeblich „nichts taugt“? Wäre dies wahr, dann hätte die Abkehr vom Marxismus-Leninismus, hätten die sogenannten Reformen durch die seit Chruschtschows Hunnenrede in der KPdSU und anderen Parteien dominierenden Revisionisten den Sozialismus ja „besser“ machen müssen. Ist das eingetreten? Nein! Im Gegenteil. Der Revisionismus untergrub sämtliche Bereiche der sozialistischen Gesellschaft, hemmte durch eine zunehmend voluntaristische Wirtschaftspolitik die ökonomischen Triebkräfte des Sozialismus in zunehmendem Maße, lähmte die Kraft der Kommunistischen Partei und öffnete so der Konterrevolution letztlich Tür und Tor. Das ist der Beweis: Nicht das Festhalten am Marxismus-Leninismus, sondern die Abkehr davon war die Hauptursache für den Sieg der Konterrevolution.

Das Studium des Wissenschaftlichen Sozialismus und der Politischen Ökonomie im Besonderen ist eine Voraussetzung für die Reorganisation der kommunistischen Bewegung

Zweifelloos ist der Aufbau einer sozialistischen Ökonomie keine einfache Sache. Das wird es auch in Zukunft nicht sein, wenn neue sozialistische Revolutionen die Arbeiterklasse und ihre führenden Parteien erneut vor diese Aufgabe stellen.

Alte Gewohnheiten und Begriffe samt ihren alten Inhalten lassen sich nicht im Handumdrehen ausmerzen. Um so wichtiger ist es, sich schon jetzt mit der Politischen Ökonomie im Allgemeinen und mit der des Sozialismus im Besonderen vertraut zu machen. Wir müssen dabei das Rad nicht neu erfinden. Was wir tun müssen, ist das richtige Wissen und die

richtigen Erfahrungen aus dem erfolgreichen Aufbau wie aus der Niederlage des bisherigen Sozialismus wieder vom Schutt des Revisionismus-Reformismus zu befreien und dieses Wissen zu verbreiten, um es dann konsequent anzuwenden.

Vieles, was in der kommunistischen Weltbewegung schon einmal fundiertes ökonomisches Wissen war, ist durch die Verheerungen des Revisionismus wieder aus den Köpfen verschwunden. Durch die bewusste Verbannung der Werke J. W. Stalins und anderer Marxisten-Leninisten (in der DDR z.B. traf das in gleicher Weise auf die Werke und Schriften von Walter Ulbricht zu) aus den Bibliotheken und Bücherläden (und den Regalen zuhause) gingen ganzen nachfolgenden Generationen an Parteimitgliedern wertvolles und unersetzliches Wissen verloren.

Wir müssen wieder neu Lernen. Sicher, um Kommunist zu sein, muss man nicht zwingend „Das Kapital“ gelesen haben, aber es hilft ungemein beim Verständnis ökonomischer Prozesse und Gesetzmäßigkeiten. Es genügt aber gewiss nicht, nur das „Manifest“ gelesen (und verstanden) zu haben. Wichtige Werke, die man kennen sollte, um die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu verstehen und sie dann analytisch auf die heutigen aktuellen Entwicklungen wie auf die zukünftigen Aufgaben anwenden zu können, sind z.B. „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“, „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft“ von Friedrich Engels; „Das Elend der Philosophie“, „Lohn, Preis und Profit“ oder „Kritik des Gothaer Programms“ von Karl Marx; „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ oder „Staat und Revolution“ von Lenin; „Über die Aufgaben der Wirtschaftler“ oder „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ von Stalin. Wertvolle Literatur sind auch „Antwort auf aktuelle politische und ökonomische Fragen“, „Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis“ von Walter Ulbricht, ebenso seine Referate auf den Parteitag der SED (bis zum VII.) und die Sammelbände mit seinen Reden und Aufsätzen, die einen nicht nur sehr interessanten, sondern auch lehrreichen Einblick in die ebenso schweren wie erfolgreichen Jahre des sozialistischen Aufbaus des Sozialismus in der DDR in den 50er und 60er Jahren ermöglichen.

Die Politische Ökonomie des Sozialismus muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden

Die Politische Ökonomie des Sozialismus wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, ist eine große Aufgabe. Jahrzehntelange revisionistische Verwerfungen und die Folgen der Konterrevolution sind überall in der kommunistischen Bewegung spürbar.

Was in den sechziger Jahren in der UdSSR als „Neues System der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung“ bezeichnet wurde, war nicht nur die verstärkte Benutzung oder Wiedereinführung bürgerlicher ökonomischer Begriffe wie Ware, Markt und Gewinn, das Schlimmste war, dass diese Begriffe zunehmend mit den alten kapitalistischen Inhalten gefüllt wurden. Mit Notwendigkeit musste sich so ein Widerspruch zu den in Allgemeineigentum befindlichen Produktionsmitteln ergeben, der die Triebkräfte des Sozialismus zunehmend erlahmen ließ. Die KPdSU-Führung erwartete ernsthaft, dass volkseigene Betriebe ihre(!) Waren(!) mit Gewinn(!!) absetzten. Das hieß nicht weniger, als dass die Betriebe – obwohl im Gemeineigentum – sich wie die Besitzer der von ihnen hergestellten Produkte verhalten sollten (denn nur wer eine Ware besitzt, kann sie auch verkaufen) und dass die Wirtschaftskader in den Betrieben wie Kapitalisten denken sollten, um „Gewinne“ zu erwirtschaften. Kein Wunder, dass sich diese Kader dann auch zunehmend wie Kapitalisten

verhielten und es ihnen leicht fiel, sich im Zuge der Konterrevolution das frühere Volkseigentum unter den Nagel zu reißen. (Dass dies in der DDR etwas anders verlief und noch heute für Trauer bei gewissen ehemals angeblichen „Kommunisten“ sorgt, die diese Chance auf Bereicherung nicht hatten, liegt schlicht daran, dass mit der Einverleibung der DDR in die BRD schon größere Haie des Kapitalismus da waren, die ihnen des Ex-Volkseigentum wegschnappten.)

Die revisionistische, von Voluntarismus geprägte „Ökonomie“ nach sowjetischem Vorbild wurde Leitlinie für die sozialistischen Staaten insbesondere im RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe), dessen Arbeitsfähigkeit damit auch den wirtschaftlichen Bach hinunterging.

Nach dem Sturz von Walter Ulbricht fand in den siebziger Jahren diese „Ökonomie“ auch Eingang in die Lehrbücher für die Politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR, und ein wenig war dann wohl doch noch das Unbehagen zu spüren, denn in der Ausgabe des Lehrbuches von 1977 für „Politische Ökonomie Kapitalismus Sozialismus“ gibt man sich alle Mühe glaubhaft zu machen, dass der Übergang zu Kategorien wie „Gewinn“ etc. natürlich überhaupt nichts mit einer Abkehr von der sozialistischen Wirtschaftspolitik und Hinwendung zu „kapitalistischen Methoden“ zu tun habe (siehe z.B. Seiten 674-677).

Im Sozialismus wirken grundsätzlich andere ökonomische Gesetzmäßigkeiten als im Kapitalismus

Wie wichtig es ist, Begriffe klar zu definieren und nicht bei deren äußerer Erscheinung stehen zu bleiben, sondern ihr inneres Wesen zu erkennen, dazu folgt ein kleines Beispiel, das zeigt: Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.

Nehmen wir an, ein Arbeiter in der BRD und ein Arbeiter in der DDR gingen in ihrem jeweiligen Land in ein Warenhaus, um einen Kühlschrank zu kaufen. Nach außen erscheint der Vorgang gleich. Beide scheinen jeweils von ihrem Lohn einen bestimmten Betrag dazu zu nutzen, um im Kaufhaus eine Ware zu bezahlen und somit zu kaufen. In Wirklichkeit handelt es sich dabei dem inneren Wesen nach um zwei völlig verschiedene Vorgänge! Der BRD-Arbeiter bekommt monatlich Lohn in Form von Geld für seine an den Kapitalisten verkaufte Arbeitskraft. Und der DDR-Arbeiter? Er arbeitet in einem Betrieb, der Gemeineigentum ist; dies ist die wesentliche, im Sozialismus vorherrschende Eigentumsform, und die Arbeit damit eben nicht Lohnarbeit! Er bekommt also keinen Lohn. Was er monatlich bekommt, ist sein nach Leistung bestimmter Anteil an dem in gemeinschaftlicher Arbeit erzielten gesellschaftlichen Produkt. Natürlich erhält der Arbeiter nicht den absoluten, sondern den relativen Anteil. Und selbstverständlich hat auch im Sozialismus die Arbeitskraft die Eigenschaft, mehr zu produzieren, als sie für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse notwendig braucht. Das von ihr erzielte Mehrprodukt wird ja benötigt, um die erweiterte Reproduktion der Gesellschaft zu ermöglichen, worunter im Übrigen auch alle Ausgaben fallen, die z.B. in der Bildung, dem Sozialwesen oder auch beim Schutz und der Verteidigung im Sozialismus aufgebracht werden müssen.

Der BRD-Arbeiter bekommt seinen Lohn in Form von Geld (der Übersichtlichkeit wegen erspare ich mir die Erklärung, was „Geld“ im Kapitalismus ist). Und der DDR-Arbeiter? Was scheinbar auch „Geld“ ist, ist bereits etwas anderes als unter kapitalistischen Bedingungen. Da im Sozialismus keine Warenproduktion stattfindet (produziert werden Ge- und Verbrauchsgüter sowie Dienstleistungen für den gesellschaftlichen wie individuellen Bedarf), erfüllt das „Geld“ im Sozialismus auch keine Ware-Geld-Ware-Funktionen mehr wie

unter kapitalistischen Bedingungen und ist auch kein Spekulationsobjekt, indem Geld Geld „heckt“. Geld im Sozialismus ist eine Be- und Verrechnungseinheit innerhalb der sozialistischen Ökonomie und im Austausch zwischen sozialistischen Staaten (ein Sonderfall ist der Handel mit nichtsozialistischen Staaten, auf den ich hier nicht eingehen will) und im Falle unseres DDR-Arbeiters ein Tauschmittel, mit dem er entsprechend seines Anteils die Produkte und Dienstleistungen für seinen Bedarf eintauscht. Auch wenn er damit de jure Eigentümer des in diesem Fall erworbenen Kühlschranks wird, ist es der Sache nach kein Kauf, sondern ein Erwerb durch Tausch eines Teils des durch seine Arbeitsleistung erworbenen Anteils gegen ein Produkt aus dem gesamtgesellschaftlich Produzierten. Während also seitens des BRD-Arbeiters ein tatsächlicher Kauf stattgefunden hat, mit dem ein konkreter Eigentümerwechsel verbunden ist, ist das bei dem DDR-Arbeiter nicht der Fall. Warum ist es kein Kauf? Verkaufen kann nur, wer Eigentümer ist. Der produzierende Betrieb ist aber im Allgemeingut und nicht Besitzer der von ihm hergestellten Produkte, er kann damit nicht der Verkäufer sein (ebenso wenig das Kaufhaus natürlich, das sich gleichfalls im Allgemeingut befindet). Der Allgemeingüterhalter kann auch nicht der Verkäufer sein, weil in diesem Fall einer der Eigentümer zugleich der Käufer wäre. Es gelten also unter den Bedingungen des sozialistischen Allgemeinguts prinzipiell andere ökonomische Gesetzmäßigkeiten als im Kapitalismus und nicht etwa eine vom Kapitalismus übernommene, an den Sozialismus „angepaßte Marktwirtschaft“.

Es geht nicht um die Übernahme kapitalistischer Methoden, sondern um die Entfaltung der eigenen Triebkräfte des Sozialismus

Nun kommen die ganz Schlaunen und sagen, seht ihr, genau das ist der Grund, warum eure sozialistische Wirtschaft nicht funktionieren kann. Wer wegen der „Planwirtschaft“ und wegen des Volkseigentums keine Waren produziert und keinen Markt hat, kann keine Gewinne machen, und wo kein Profit ist, ist kein wirtschaftliches Interesse. Schön, Profitmachen hat auch so seine Schattenseiten, aber ohne dem und ohne Konkurrenz geht es eben nicht. - Angeblich fehlt der sozialistischen Ökonomie also der Antrieb.

Doch die sozialistische Ökonomie hat mächtige Triebkräfte! Wir brauchen keine Konkurrenz und keinen Profit. Wir haben stattdessen den sozialistischen Wettbewerb, das Leistungsprinzip und die materielle und ideelle Interessiertheit der Menschen im Sozialismus. Legt man diese Triebkräfte frei, hat die sozialistische Gesellschaft Entwicklungsmöglichkeiten wie keine andere Gesellschaft vor ihr.

Verkommen Wettbewerb und Leistungsprinzip unter dem Einfluss revisionistischer Politik aber zu Formalismus und Bürokratismus, dann lähmt man diese inneren Triebkräfte des Sozialismus, wie wir von den realen geschichtlichen Erfahrungen her bitter belehrt wurden.

In der DDR gab es die Losung: „Plane mit, arbeite mit, regiere mit“. Wird eine solche Losung nicht mit praktischem Inhalt gefüllt, werden es leere Worte bleiben. Die Werktätigen müssen am Prozess der Planung in der Tat beteiligt werden. Ihnen nur die bloßen Zahlen eines Planes vorzusetzen und ihnen dann nur noch die Erfüllung zu überlassen, wird letztlich nur dazu führen, dass sie eben nicht das nötige Bewusstsein dafür entwickeln, dass sie Miteigentümer und damit Mitgestalter und nicht zuletzt auch Nutznießer des sozialistischen Volkseigentums sind, weil sie es nicht konkret erleben. In seiner Schlussansprache auf dem VII. Parteitag der SED (17.-22. April 1967) sagte Walter Ulbricht dazu: „Die Vorzüge des Sozialismus bestehen in der untrennbaren und wirksamen

Vereinigung der umfassenden und tatkräftigen Teilnahme der Werktätigen an der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben und an der Leitung der Wirtschaft mit der allseitigen wissenschaftlichen Planung und rationellen Organisation der volkswirtschaftlichen und allgemein gesellschaftlichen Entwicklung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab.

Unmittelbar verbunden hiermit bestehen die Entwicklungstriebkräfte des Sozialismus in der konkreten und spürbaren Übereinstimmung der persönlichen materiellen und ideellen Interessen der Werktätigen und Kollektive mit den gegebenen gesellschaftlichen Erfordernissen und im Bewußtsein der Werktätigen hierüber.“ (2)

Die Worte „konkret“ und „spürbar“ sind die Schlüsselbegriffe, die W. Ulbricht hier verwendet hat. Wer Plandiskussionen aus den 50 oder 60er Jahren noch kennt und sie mit jenen aus den 80er Jahren vergleicht, wird wissen, wie es mit den Begriffen „konkret“ und „spürbar“ zu dieser und zu jener Zeit aussah.

Eine Eigenheit revisionistischer Politik ist die Unterdrückung echter und ehrlicher Kritik und Selbstkritik. Das ist insoweit verständlich, weil durch offene Diskussionen und Kritiken die Revisionisten und in ihrem Fahrwasser schwimmende Karrieristen enttarnt werden könnten. Auf einer Konferenz von Staatsfunktionären 1951 in Forst Zinna sagte Walter Ulbricht mit großer Deutlichkeit: „Dort, wo leitende Mitarbeiter die Kritik aus Kreisen der Bevölkerung unterdrücken, muß man diese Angestellten unnachsichtig aus der Verwaltung entfernen, denn wer die Kritik der Bevölkerung unterdrückt, gehört nicht in den Staatsapparat. Kritik und Selbstkritik ist ein Entwicklungsgesetz, ist eine der stärksten Triebkräfte des demokratischen Aufbaus.“ (3)

Auch hier trat mit dem fortschreitenden revisionistischen Verfall eine deutliche Änderung ein. Nun hieß es im dezenten Fall „Lieber Genosse, keine Fehlerdiskussion, das nützt nur dem Klassenfeind“, im weniger dezenten Fall „Mach Du erst mal deine Arbeit, bevor Du andere kritisierst“ und im dummen Fall „Willst Du klüger sein als die Genossen im Politbüro?“. Die damit verbundene Schönfärberei im Berichtswesen trug ein Weiteres dazu bei, dass Fehlentwicklungen politischer wie ökonomischer Natur nicht mehr einer offenen kritischen Analyse und Diskussion unterzogen wurden und sich so bis zur konterrevolutionären Niederlage verfestigten und vergrößerten.

Wir werden in Vielem neu beginnen müssen, ohne alles neu machen zu müssen. Wir müssen „nur“ in unserer gesamten Arbeit wieder auf die Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung unserer Klasse und ihrer Partei, den Marxismus-Leninismus, zurückkehren. Die Klärung der Fragen der Politischen Ökonomie des Sozialismus gehört dringend dazu, denn wir werden jetzt und künftig nicht nur die Frage der eigenen Genossen, sondern aller, die damit an uns herantreten, beantworten müssen: „Was ist das, Ökonomie im Sozialismus, wie funktioniert sie, wie muss man sie aufbauen, organisieren und entwickeln?“

Dieser Artikel war dazu nur ein Anstoß, über diese vielfältigen und sicher auch komplizierten Fragen nachzudenken, aber auch, sich auf dem Felde der Ökonomie Wissen zu verschaffen, ohne das wir künftige Aufgaben nicht meistern können. Gewiss werden wir künftig in unseren Publikationen auf diese Fragen dann auch im Detail weiter eingehen.

(1) Seneca, *Von der Kürze des Lebens*, Aus dem Lateinischen von Otto Apelt, Taschenbuchausgabe, Deutscher Taschenbuchverlag 2005, S. 7

(2) Walter Ulbricht, *Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus. Schlußansprache, VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei*

Deutschlands, Berlin, 17. bis 22. April 1967, Dietz Verlag Berlin 1967, Seite 129.

(3) Walter Ulbricht, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945-1958, Dietz Verlag Berlin 1961, Seite 282

* Nachzulesen in deutscher Übersetzung bei <http://www.opera-platonis.de/Politeia.htm>

** Nachzulesen bei http://de.wikipedia.org/wiki/Zwölf_Artikel

Kinder- und Jugendpolitik in den sozialistischen und den imperialistischen Staaten

Zunächst fällt auf, dass im Sozialismus vieles umsonst war und ist, was im Kapitalismus, was hier in der BRD - sofern überhaupt vorhanden - teuer bezahlt werden muss. Freizeit- und Kulturangebote, Sport, Museums- und Konzertbesuche, Schulbücher, Ausflüge, Schul-, Kinderkrippen- und Kindergartenessen, Studium und Unterkunft, medizinische Behandlung... Das alles gab und gibt es im Sozialismus umsonst, oder doch zumindest für einen eher symbolischen finanziellen Beitrag.

Das alles wird auch häufig hervorgehoben, ist aber nicht die Hauptsache. Wichtig ist vielmehr, warum das im Sozialismus so gestaltet ist, zu welchem Zwecke. Ziel der Kinder- und Jugendpolitik im Sozialismus ist die allseitig entwickelte und harmonisch gebildete sozialistische Persönlichkeit.

„Dieses Erziehungsziel (...) ist kein Wunschbild oder aus abstrakten Gedankengängen entwickeltes Ideal menschlicher Vollkommenheit, sondern ein von den Erfordernissen der fortschreitenden sozialistischen Gesellschaft gebotenes und nur unter sozialistischen Bedingungen realisierbares Ziel“ der sozialistischen Erziehungsbemühungen.

(Robert Alt: Das Bildungsmonopol, Akademie-Verlag Berlin 1978, S. 9)

Der Sozialismus muss bewusst gestaltet werden, und dazu braucht es bewusste Menschen. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Während im Kapitalismus Produktion und Distribution durch den Markt, durch das hinter dem Rücken der Akteure wirkende Wertgesetz unbewusst gesteuert werden, werden Produktion und Distribution im Sozialismus bewusst und vernünftig von allen Gesellschaftsmitgliedern geplant. Dazu müssen diese ausreichend gebildet und verantwortungsbewusst sein. Vonnöten ist also eine umfassende Bildung des gesamten Volkes, sind Kenntnisse der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation im Staat und in der ganzen Welt, ist die Fähigkeit, diese einzuschätzen

und beurteilen zu können. Jeder einzelne muss über ein gesellschaftliches Bewusstsein verfügen, das ihn über den beschränkten Tellerrand simpler kurzsichtiger persönlicher Vorteilsnahme erhebt.

Menschen, die nicht den billigsten Machenschaften der kapitalistischen Kulturindustrie erliegen sollen, müssen schon von Kindheit an zu kulturvollen Persönlichkeiten erzogen werden.

Allseitig entwickelte Persönlichkeiten

Die Erziehung zur allseitig entwickelten Persönlichkeit, dies war und ist stets Anliegen sozialistischer Kinder- und Jugendpolitik, festgelegt z.B. in den Grundsätzen der Verordnung über Kindereinrichtungen der Vorschulerziehung der DDR vom 22.04.76: „Die staatlichen Kindereinrichtungen tragen eine hohe Verantwortung für die allseitige Entwicklung und sozialistische Erziehung der Kinder. Sie gewährleisten eine harmonische körperliche, geistige und sprachliche Entwicklung der Kinder sowie die Herausbildung sozialistischer Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen, der Selbständigkeit und Aktivität. Die staatlichen Kindereinrichtungen sorgen für die Gestaltung eines inhaltsreichen und frohen Kinderlebens. Besonderen Wert legen sie auf die Gesunderhaltung und das körperliche Wohlbefinden der Kinder, auf die Gewährleistung einer gesunden Lebensweise sowie auf die Kräftigung des kindlichen Organismus. Das erfordert Stabilität und Regelmäßigkeit im Lebensrhythmus, einen gesundheits- und entwicklungsförderlichen Tagesablauf sowie Spiel und sportliche Betätigung an frischer Luft.“

(Mütter-, Kinder- und Jugendgesundheitsschutz, Staatsverlag der DDR, 1983, S. 223)

Das Ziel sozialistischer Kinder- und Jugendpolitik => kommt auch in den Grundsätzen des Gesetzes über das

Spendenaufruf

Die Kommunistische Initiative in Deutschland kommt über Parteigrenzen hinweg in lebhaften Gang und gewinnt an Schwung. Das Ziel einer kommunistischen Partei, fest auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus, rückt sichtlich näher – auch wenn die KI weiterhin keine Partei sein wird.

Bundesweit finden sich Organisierte und Unorganisierte als Diskussionspartner und Interessenten zusammen, müssen – kontinuierlich – mit aktuellen Informationen und Kontakten versorgt werden. Dazu kommt die aktuell-politische und die theoretische Arbeit. Zu all dem braucht die KI Unterstützung, produktive und kritische Mitarbeit. Dazu fordern wir auf!

Zugleich benötigt die KI eine solide finanzielle Absicherung – die derzeit nicht gegeben ist. Dieses Ziel ist deshalb so vordringlich, weil ALLE Arbeit davon abhängt. Notwendig ist eine

kontinuierliche Spende! Auch wenn sie gering ist, bildet diese die Grundlage für die saubere Entwicklung und das Wachstum der Kommunistischen Initiative.

Spende bitte daher, am besten regelmäßig auf unser Spendenkonto bei:

Konto: Torsten Reichelt

Konto-Nummer: 420 232 1850

BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden)

Verwendungszweck: „KI-2011“

einheitliche Bildungssystem der DDR vom 25.02.65 zum Ausdruck: „Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewusst das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen.“

Das sozialistische Bildungssystem trägt wesentlich dazu bei, den Bürger zu befähigen, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten, die technische Revolution zu meistern und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken. Es vermittelt den Menschen eine moderne Allgemeinbildung und eine hohe Spezialbildung und bildet in ihnen zugleich Charakterzüge im Sinne der Grundsätze der sozialistischen Moral heraus. Das sozialistische Bildungssystem befähigt sie, als gute Staatsbürger wertvolle Arbeit zu leisten, ständig weiter zu lernen, sich gesellschaftlich zu betätigen, mitzuplanen und Verantwortung zu übernehmen, gesund zu leben, die Freizeit sinnvoll zu nutzen, Sport zu treiben und die Künste zu pflegen.

Dieses Ziel eint den sozialistischen Staat und alle gesellschaftlichen Kräfte in gemeinsamer Bildungs- und Erziehungsarbeit.“

(Mütter-, Kinder- und Jugendgesundheitschutz, Staatsverlag der DDR, 1983, S. 77)

Ziel ist nie, wie notwendigerweise im Kapitalismus, die beschränkte, egoistische Konkurrenzpersönlichkeit. Vielmehr geht es um die Entwicklung von Persönlichkeiten, die solidarisch ihr Können zum Wohle aller einsetzen, weil sie sich selbst ganz richtig als Teil der Gesellschaft begreifen. In der Stipendienverordnung der DDR vom 11.06.81 kommt das zum Ausdruck: „Der sozialistische Staat sichert der Jugend eine allseitige Bildung und Erziehung und schafft planmäßig die dafür erforderlichen Bedingungen. Das Studium an einer Universität, Hoch- oder Fachschule ist eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und für jeden Studenten persönliche Verpflichtung gegenüber der sozialistischen Gesellschaft, sich hohe fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen und sie anzuwenden sowie sozialistische Grundüberzeugungen und Haltungen auszuprägen. (...)“

(Mütter-, Kinder- und Jugendgesundheitschutz, Staatsverlag der DDR, 1983, S. 49)

Solche allseitig gebildeten Persönlichkeiten, die die gesellschaftliche Entwicklung verstehen und bewusst planen und leiten können, werden im Kapitalismus nicht nur nicht gebraucht, sie sind im Sinne kapitalistischer Herrschaft sogar eine Gefahr. Der Kapitalismus braucht und fördert hingegen die Entwicklung von einseitig beschränkten, kapitalistischen Persönlichkeiten, Fachidioten mit hoher Spezialbildung einerseits und völlig ungebildeten Handlangern für einfache Tätigkeiten andererseits, je nach den Erfordernissen der Mehrwertproduktion. Er begünstigt die Entwicklung von Personen ohne gesellschaftliches Bewusstsein, die über den Tellerrand des kleinlichen Anerkennungs- und Gewinnstrebens nicht herausblicken können. Er unterstützt die Entwicklung von Menschen, die nicht in der Lage sind, ihre Probleme vereint mit anderen solidarisch zu lösen, die statt dessen bar einer Selbsterkenntnis im Hamsterrad des Warenkonsums Glückersatzprodukte kaufen. Er zieht Arbeiter heran, für die „ihre“ Arbeit nur Job ist, nur Gelderwerb und sonst nichts. Denn ob eine Arbeit schädlich für die Natur oder gesellschaftlich gefährlich oder katastrophal ist, das hat den Ar-

beiter im Kapitalismus nicht zu interessieren, er plant ja nicht. Was wann und wie produziert wird, bestimmt „die unsichtbare Hand“ des Marktes, und die Aufgabe der kapitalistischen Persönlichkeit besteht darin, das Funktionieren des Marktes zu sichern. Solcherart beschränkte Menschen sind also im Sinne der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und damit auch Ziel bürgerlicher Kinder- und Jugendpolitik.

Das Bildungsmonopol

Die herrschende Klasse in der sterbenden Klassengesellschaft des Imperialismus kann nicht wissenschaftlich sein, da sie sonst die Unvermeidlichkeit ihres Sterbens eingestehen müsste. Genauso muss sie, um ihren Untergang hinauszuzögern, darauf hinwirken, den unterdrückten Massen eine bewusst unwissenschaftliche „Bildung“ angedeihen zu lassen. Die miserable Ausstattung der Schulen und der Lehrermangel in der BRD produzieren von vornherein zehn Prozent oder mehr der Schüler eines Jahrgangs als Ausschuss, da man sie auf dem Arbeitsmarkt sowieso nie brauchen können wird. Entsprechend gibt es in der BRD inzwischen rund 7,5 Millionen funktionale Analphabeten unter den Erwachsenen. Der Analphabetismus ist also in der BRD auf dem Vormarsch.

(JungeWelt vom 01.03.2011 / http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/niedersachsen_1800/ndsmag8413.html)

Die bewusst unwissenschaftliche „Bildung“ geht aber noch viel weiter. Mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung gelangt man unweigerlich zur Anerkennung der objektiven Realität, der Materie, deren Gesetzmäßigkeiten für uns erkennbar sind. Der Mensch und seine gesellschaftliche Entwicklung machen hiervon keine Ausnahme, sofern man nicht einen engstirnigen vulgär-naturwissenschaftlichen Materiebegriff zugrunde legt.

Man gelangt schließlich unweigerlich zur wissenschaftlichen Betrachtung des ökonomischen Gefüges der Gesellschaft, zur Politischen Ökonomie also; und man gelangt zur historischen Betrachtung dieses Gefüges, also zum Historischen Materialismus. Diese Wissenschaften, die uns mit dem Handwerkszeug ausstatten, unsere Gesellschaft und ihre Entwicklung zu verstehen und auf sie bewusst einzuwirken, die uns die Mechanismen der Ausbeutung sowie die notwendigen Voraussetzungen zu ihrer Überwindung offenbaren, waren und sind fester Bestandteil sozialistischer Bildungspolitik. Dem im Kapitalismus durch die Bildungsanstalten getriebenen Kinde jedoch werden sie bewusst vorenthalten, und es werden sogar die Voraussetzungen wissenschaftlichen Denkens grundsätzlich untergraben. So kann uns in der BRD nicht einer von zehn Studenten der Mathematik sagen, was Mathematik überhaupt ist, und ist somit außerstande, eine klassische Definition darzulegen. Dass es sich bei der Mathematik um eine Wissenschaft handelt, fällt schon den wenigsten ein. Dass Wissenschaft die objektive Realität widerspiegelt, das zu verstehen, dazu sind die allerwenigsten in der Lage, die durch das spätkapitalistische Bildungssystem der BRD gegangen sind. Statt dessen wird von ihnen geglaubt, die objektive Realität sei nicht existent, vielmehr gebe es eine Vielzahl von Realitäten, je nachdem, wer wann wie die Welt betrachtet. Aus der imperialistischen Schule soll der Jugendliche also entlassen werden als einer, der einem längst überholten idealistischen Weltbild anhängt, welches es ihm verunmöglicht, sein gesellschaftliches Sein wissenschaftlich zu erfassen und sich aus den

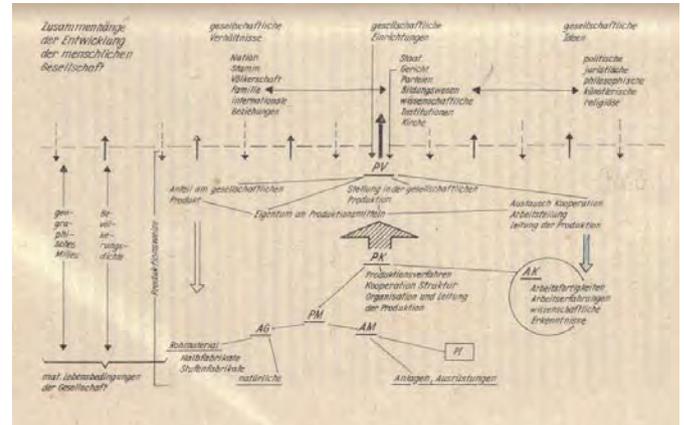
Zwängen der Klassengesellschaft zu befreien. Das Bildungssystem wird in der Klassengesellschaft eben sowohl seinem Umfang als auch seinem Inhalt nach von der herrschenden Klasse bestimmt, die es in ihrem Sinne einrichtet. Hierzu ein Zitat aus Robert Alts Werk „Das Bildungsmonopol“, erschienen (natürlich) in der DDR: „Das Bildungsmonopol erweist sich als eine unabdingbare, gesetzmäßige Erscheinung jeder antagonistischen Klassengesellschaft.“ Der Begriff des Bildungsmonopols umfasst dabei zwei Aspekte, nämlich zum einen den „Ausschluss der Kinder der werktätigen Massen vom Besuch mittlerer und höherer Bildungsanstalten“ und zum anderen die „Fragen des Inhalts der vermittelten Bildung“. Der ideologische Gehalt der Bildungsgüter ist ein konstitutives Element im Gefüge der Klassengesellschaft.

(Robert Alt: Das Bildungsmonopol, Akademie-Verlag Berlin 1978, S. 7)

Praktisch sieht das z.B. so aus, dass die herrschende Klasse ihre Herrschaft als natürlich, gottgegeben oder einfach im menschlichen Wesen natürlich so angelegt erscheinen lässt. Dies geschieht z.B. dadurch, dass die gegebenen gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse und die ihr entsprechenden Verhaltensweisen in alle Vergangenheit projiziert werden. Zur Veranschaulichung folgt ein Beispiel aus einem Wirtschaftskundelehrbuch für die Berufsschulen der BRD:

(Albers, Eifer, Tschaffon: Wirtschaft Recht Beruf, Wirt-

„Bildungs“inhalt für Lehrlinge in der BRD im Fach Wirtschaftskunde darstellt. Wir sagten, Ziel dieser „Bildung“ ist ein unwissenschaftliches, bewusst in die Irre führendes Bild menschlicher Gesellschaften. Und wir sagten, Ziel der sozialistischen Bildungspolitik ist die allseitig und harmonisch gebildete Persönlichkeit,



die in der Lage ist, an der gesellschaftlichen Planung mitzuwirken und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu verstehen. Dies sei verdeutlicht an einem Auszug aus dem Staatsbürgerkundelehrbuch der Klassen 11 und 12 {Bild oben}.

(Staatsbürgerkunde 11/12 Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus, Dietz Verlag Berlin, 1971, S. 327)

Auch dieses Lehrbuch war Bestandteil der Ausbildung von Lehrlingen im gleichen Alter, allerdings in der DDR. Wo im ersten Falle primitiv Illusionen erzeugt werden, um Menschen zu züchten, die sich und ihre Gesellschaft nicht verstehen können, sehen wir hier am Beispiel des Staatsbürgerkundelehrbuches, wie jungen Menschen das Allgemeine Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte gelehrt wird, mit dem Ziel Menschen zu bilden, die ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen können.

Zur Bildung allseitig entwickelter Persönlichkeiten gehört auch die Entwicklung des Kunst- und Kulturverständnisses der Kinder und Jugendlichen. Kunst und Kultur waren in der DDR nicht mehr Sache einer Elite. In der Kulturpolitik muss man natürlich davon ausgehen, dass Kunst und Kultur als Teil des gesellschaftlichen Überbaus unverzichtbare Bestandteile des menschlichen Lebens sind, dass weiterhin Kunst und Kultur im Sinne der sozialistischen Grundlagen der Gesellschaft zu entwickeln sind. Der Begriff des Sozialistischen Realismus sei hier stellvertretend für diese Revolutionierung des Kunstverständnisses genannt. Leider verflachte und versandete diese Entwicklung im Laufe der Zeit immer mehr, und Show-Produkte wie Ein Kessel Buntes sind ein Beispiel dafür, wie der revisionistische Niedergang des Sozialismus in der Kulturpolitik seinen Niederschlag fand. Nichtsdestotrotz wurde in der DDR stets großer Wert auf die Herausbildung von Kunst- und Kulturverständnis schon von Kindheit an gelegt, was in häufigen Konzertbesuchen, tiefgreifendem Mal-, Zeichen- und Musikunterricht sowie vielfältigen Kursangeboten zum Ausdruck kam.

Aktuelle BRD-Politik

An dieser Stelle lohnt sich ein Ausflug in die aktuelle Kinder- und Jugendpolitik der BRD. Denn auch in der

Unternehmensgründung

Unternehmerische Initiative war schon immer der Motor der Marktwirtschaft



schaftskunde für berufliche Schulen, Verlag Europa-Lehrmittel 2002, S. 272)

Bei so viel Naivität darf schon mal gelacht werden, aber man muss sich vor Augen führen, dass das den

BRD gibt es verschiedene Angebote für Kinder, die aber zumeist teuer bezahlt werden müssen. Im Zuge der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus wächst in der BRD beständig die Zahl derer, die auf die unter dem Namen Hartz IV bekannte staatliche Arbeitsverwaltung angewiesen sind. Ökonomisch besteht der Zweck dieser Hartz-Gesetze darin, eine Senkung der unteren Lohngruppen herbeizuführen und durch die Bezuschussung von Billiglöhnen die Arbeiterklasse auch noch selbst ihre Löhne bezahlen zu lassen. Psychologisch ist das Ziel der Hartz-Gesetzgebung die Produktion verängstigter und abhängiger, barmender Menschen zwecks besserer Beherrschbarkeit und späterem Einsatz als reaktionärer Reserve. Der neueste Coup im Rahmen dieser Arbeitsproduktion ist das sog. Bildungspaket. Wollen in der BRD Kinder von verarmten Proletariern an Kulturausflügen ihrer Kindergartengruppe oder Schulklasse teilnehmen, werden deren Eltern erst durch einen Demütigungsdschungel getrieben. Das Ganze läuft dann so ab, dass die verarmten Eltern beim Direktor der Schule vorstellig werden und sich von diesem schriftlich bestätigen lassen müssen, dass tatsächlich ein Schulausflug geplant sei. Offensichtlich kann man also dem armen Gesindel nichts glauben, und sie müssen sich jeden Cent quittieren lassen. Auch für den Direktor ist klar: Hier haben wir es also mit Kindern von Eltern zu tun, die wegen eines einfachen Schulausfluges um eine Handvoll Euros betteln kommen müssen! Und tatsächlich fühlen sich die Eltern bald stigmatisiert. Als dann dürfen die bittstellenden Eltern wieder beim Jobcenter vorstellig werden, um ihren Antrag einzubringen, und auf einen positiven Bescheid hoffen. Diese auch zeitlich und nervlich anstrengende Prozedur hat nun immer wieder zu erfolgen, bei jedem einzelnen Ausflug, bei jedem Zeichen-, Mal- oder Musikkurs, den der Armenspross unternimmt. Das Kind merkt schon bald: Meine Eltern sind keine vollwertigen Menschen, wir sind irgendwie minderwertig. Und mit der Aussicht auf keinen oder eben einen solchen Billigjob wie den seiner Eltern und damit auf das gleiche Elend ist für die schlechte Entwicklung des Kindes gesorgt. So erfüllt sich schon im Kindesalter das psychologische Ziel der Arbeitsgesetzgebung der BRD.

Ein weiterer Ausflug ins Elend des kapitalistischen Niedergangs lohnt sich auch hier. Liegen die Ursachen der Krise in der ökonomischen Basis der Gesellschaft, so reichen ihre Erscheinungen in jeden Bereich des gesellschaftlichen Überbaus. Selbstverständlich drückt sich also das wachsende ökonomische Elend auch in wachsendem psychischem Elend, vor allem dem der Kinder und Jugendlichen, aus. Kulturelle Verflachung, Verrohung der Sitten und des Umgangs miteinander, intellektuelle Blockaden und schwere psychische Störungen

schon bei sehr jungen Menschen sind die Früchte dieses Niedergangs, mit denen wir im faulenden Kapitalismus konfrontiert sind. Auch eine wachsende, teils unglaublich brutale und gewissenlose Jugendkriminalität gehört selbstverständlich dazu.

(<http://www.express.de/news/woher-kommt-diese-brutalitaet/-/2182/739820/-/index.html>)

Wie aber darauf reagieren? In der DDR war die Kriminalität stets sehr niedrig. Die Strafen, die das Strafgesetzbuch vorsah, konnten sogar im Laufe der Entwicklung immer weiter gesenkt und teilweise ganz aus ihm ausgegliedert werden.

(Erich Buchholz in: DDR-Realität und Hoffnung, Hrsg. Horst Jäckel, GNN Verlag 2010, S. 360 ff.)

Wir hatten es also mit einer Entschärfung der Strafrechts zu tun. Ist so etwas in der BRD denkbar? Offensichtlich nicht. Da die Ursache des allgemeinen Niedergangs in der ökonomischen Basis der kapitalistischen Gesellschaft liegt, also in ihrem Verfall begründet ist, kann sich auch für die Jugendkriminalität keine Lösung auf dem Boden des Kapitalismus finden. Folgerichtig ist das einzige, was Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger derzeit einfallen kann, eine Verschärfung des Jugendstrafrechts, und so müssen immer mehr Jugendliche die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft am eigenen Leibe im Knast ausbaden.

Der gegensätzliche Charakter der alten und der neuen Gesellschaftsordnung, der sozialistischen Staaten auf der einen, der kapitalistischen Staaten auf der anderen Seite, lässt sich an der Gegenüberstellung der Zielsetzungen der Kinder- und Jugendpolitik sehr gut ablesen. Die Hilflosigkeit, mit der die sterbende Klassengesellschaft auf das selbst produzierte Elend reagiert, die Umdeutung der inneren gesellschaftlichen Widersprüche in individuelle Probleme und Verfehlungen, die Notwendigkeit, Kinder zu beschränkten Konkurrenzsubjekten zu verziehen, die Notwendigkeit, per Bildungssystem die Grundlagen wissenschaftlichen Denkens zu untergraben - all das dokumentiert die Überlebtheit der imperialistischen Gesellschaft. Es ist notwendig, die Grundlagen dieses verrückten Systems zu bekämpfen. Es gilt daher: Eine gesunde Entwicklung hin zu allseitig entwickelten und harmonisch gebildeten Persönlichkeiten, die ihre Fähigkeiten dann auch einsetzen können, um ihre Gesellschaft bewusst und vernünftig zu gestalten, braucht den Sozialismus, braucht das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln!

Buchrezension: Chruschtschows Lügen

2007 erschien in russischer Sprache das Buch „Antistalinskaja podlost“ des us-amerikanischen Professors Grover Furr. Nach fast vier Jahren ist sein Buch unter dem Titel: „Khrushchev Lied!“ (Untertitel: „The Evidence that Every ‘Revelation’ of Stalin’s (and Beria’s) ‘Crimes’ in Nikita Khrushchev’s Infamous ‘Secret Speech’ to the 20th Party Congress of the Communist Party of the Soviet Union on February 25, 1956, is probably false“) auch auf englisch zu haben.

Wie aus dem Titel hervorgeht, behandelt das Buch die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag im Februar 1956.

Dieses Buch analysiert jede einzelne Aussage Chruschtschows in dessen Geheimrede und überprüft sie auf ihren Wahrheitsgehalt. Das – zumindest für „Antistalinalisten“ verblüffende – Resultat: Nicht eine einzige Aussage, nicht ein einziger Vorwurf gegen Stalin entspricht der Wahrheit. Die Geheimrede ist eine üble Mischung aus Lügen, Halbwahrheiten, Fälschungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten. Nun mag das uns Kommunisten nicht überraschen und man könnte berechtigt die Frage stellen, wozu noch ein Buch benötigt wird, welches die Lügen Chruschtschows entlarvt. Reicht nicht schon das sehr gute Buch von Michail Kilew „Chruscht-

schow und der Zerfall der UdSSR“, herausgegeben von der Zeitschrift „offen-siv“ (www.offen-siv.com), aus? Dort wird doch schon alles abgehandelt.

Das Buch von Furr ist jedoch keine Kopie des Buches von Kilew, vielmehr ist es eine bereichernde Ergänzung, da es neben altbekannten Themen - wie der Frage nach dem Personenkult oder Lenins „Testament“ - eine Fülle neuer Informationen und erstmals veröffentlichter Dokumente, insbesondere über die Repressionen, liefert.

Interessant in diesem Zusammenhang sind z. B. folgende Informationen:

Bekannt und berüchtigt sind die angeblichen Todeslisten mit Namen von angeblich oder tatsächlich unschuldigen Leuten, deren Schicksal mit nur einem Federstrich Stalins besiegelt sei. Dieser platten Lüge bedienen sich nicht nur die übelsten Antikommunisten a la Guido Knopp (siehe seine dreiteilige Stalin-Doku), sondern auch z. B. der „Chefideologe“ der DKP, Robert Steigerwald, um die „Unmenschlichkeit“ des „Stalinismus“ aufzuzeigen. Der Sachverhalt verhält sich jedoch völlig anders.

Diese Listen existieren tatsächlich, veröffentlicht durch die Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Sie sind jedoch keine Auflistung von Todesurteilen, wie es von Antikommunisten aller Schattierungen verbreitet wird. Vielmehr gaben die Listen Informationen über Strafen unterschiedlichen Charakters für Personen wieder, nachdem diese durch die Staatsanwaltschaft anhand von Beweisen der angeklagten Verbrechen überführt worden waren. Die in diesem Zusammenhang ausgesprochenen Strafen wurden dabei in zwei Grundcharakteristika eingeordnet: Kategorie 1: erschießen, Kategorie 2: Lagerhaft. Also zusammengefasst: Das NKWD verhaftete, die Staatsanwaltschaft sammelte die Beweise, das Gericht verhängte das Urteil.

Die Listen wurden an das Politbüro zur Übersicht und ggf. zur Überprüfung geschickt. Stalin unterzeichnete die Listen also, um eine Untersuchung der Fälle durchführen zu lassen! Von der Unterzeichnung von Todesurteilen kann deshalb keine Rede sein!

Tatsächlich gibt es auch Beispiele dafür, dass Todesurteile nicht ausgeführt wurden. Furr nennt als Beispiel A. V. Snegow. In zwei Listen findet man seinen Namen, bei einer ist er in „Kategorie 1“ eingestuft worden, also „Tod durch Erschießen“. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Fülle von Material gegen ihn gesammelt, aber es reichte dennoch nicht zur Hinrichtung; er kam nur in ein Straflager (und wurde später von Chruschtschow freigelassen). Ein weiteres Beispiel: Eine selektive Studie der Kuibischewer Oblast (Liste unterzeichnet für den 29. September 1938) zeigte, dass keine Person auf der Liste vom Militärkollegium des Höchsten Gerichts verurteilt wurde und eine ganze Reihe entlassen wurde. (siehe „Khrushchev Lied!“, S. 73-76).

Es wird auch nachgewiesen, dass nicht Stalin an willkürlichen Repressionen Unschuldiger, die es auch gab, beteiligt war, sondern ganz im Gegenteil Leute wie NKWD-Chef Jeschow sowie regionale Parteisekretäre wie Pavel Postyschew (Vorsitzender der Kuibyschewer Oblast), Robert Eiche (Vorsitzender der westsibirischen Oblast) und auch niemand anderes als Nikita Chruschtschow (1937 in Moskau, 1938 in der Ukraine). Der eifrige Chruschtschow fand 1937 in Moskau über 40.000 „Ex-Kulaken“, „Spione“ und „Kriminelle“, von denen er bat, etwa 8500 zu erschießen; in der Ukraine fand er über 106.000 „Volksfeinde“, von 1938 bis 1940 weit über 160.000 (davon ein Drittel zur Hinrichtung). Nicht weniger eifrig waren seine Kollegen Eiche und Postyschew (beide wurden übrigens von Chruschtschow rehabilitiert). Diese Herren arbeiteten eng mit den von

Spionen, Troztkisten und Karrieristen verseuchten NKWD-Strukturen unter der Leitung von Jeschow zusammen. Furr veröffentlicht auch einige Auszüge aus dem Prozess gegen Jeschow, in denen seine Machenschaften beschrieben werden. Dabei werden auch Kontakte bzw. die Mitwisserschaft von Tätigkeiten der troztkistischen Opposition erkennbar.

Wie reagierte die Führung der Partei um Stalin auf solche Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit? Schon auf dem Januar-Plenum 1938 wurden große Fehler aufgedeckt und Maßnahmen zur Rehabilitierung unschuldig Verurteilter eingeleitet. Ende 1938 wurde Jeschow als Chef des NKWD sowie eine Reihe weiterer NKWDler, die willkürlich repressiert hatten, des Amtes enthoben. Viele von ihnen (so auch Jeschow) wurden wegen dieser Machenschaften hingerichtet. Dasselbe geschah auch mit vielen Parteikadern, so auch Postyschew und Eiche; Chruschtschow überlebte interessanterweise als einer der wenigen und verstand es, seine üble Rolle nach 1956 zu vertuschen.

Ludo Martens schreibt in seinem Standardwerk „Stalin anders betrachtet“ (EPO-Verlag Belgien, S. 223 ff) zu diesem Komplex unter anderem: „Am 11. November 1938 unterzeichneten Stalin und Molotow einen kategorischen Beschluss, um mit den im Laufe der Säuberung aufgetretenen Exzessen Schluss zu machen. Die allgemeinen Operationen, die zur Ausrottung und Zerschlagung von feindlichen Elementen durch die Organe des NKWD in den Jahren 1937-1938 durchgeführt wurden, ebenso wie das vereinfachte Verfahren der Untersuchung und der Verurteilung, mussten zwangsläufig zum Auftreten zahlreicher ernsthafter Fehler in der Arbeit der Organe des NKWD und der Staatsanwaltschaft führen. Mehr noch, Volksfeinde und Spione ausländischer Geheimdienste sind in die Organe des NKWD sowohl auf zentraler als auch lokaler Ebene eingedrungen. Sie haben versucht, mit allen Mitteln Untersuchungs dossiers durcheinanderzubringen. Agenten erstellten wissentlich die sowjetischen Gesetze, schritten zu massiven und ungerechtfertigten Verhaftungen und schützten gleichzeitig ihre Helfershelfer, insbesondere diejenigen, die in die Organe des NKWD eingedrungen waren. Die in der Arbeit der NKWD-Organe und Staatsanwaltschaft festgestellten absolut unerträglichen Fehler waren nur möglich, weil die Feinde des Volkes, die sich in die Organe des NKWD und der Staatsanwaltschaft eingeschlichen hatten, alle Mittel nutzten, um die Arbeit der Organe des NKWD und der Staatsanwaltschaft von den Parteiorganen zu trennen, sich der Kontrolle und der Leitung der Partei zu entziehen und so für sich selbst und für ihre Helfershelfer die Fortsetzung ihrer antisowjetischen Aktivitäten zu erleichtern.“

Der Rat der Volkskommissare und das Zentralkomitee der KPdSU (B) der UdSSR beschließen:

1. den Organen des NKWD und der Staatsanwaltschaft jegliche massive Operationen der Verhaftung und Deportation zu untersagen (...) Der Rat der Volkskommissare und das ZK der KPdSU (B) warnen alle Mitarbeiter des NKWD und der Staatsanwaltschaft, dass für die geringste Verletzung der sowjetischen Gesetze und der Direktive der Partei und Regierung jeder Mittäter ungeachtet seiner Person nach den Rechtsnormen streng verfolgt wird.

W. Molotow, J. Stalin“

Furr's Buch zeigt auf, dass die von Chruschtschow durchgeführten Rehabilitierungen auf keiner faktischen Grundlage beruhen, da die „Opfer“ per se als unschuldig definiert wurden. Er belegt dabei anschaulich, dass bei

einer Reihe Rehabilitierter (so wie die oben erwähnter Parteifunktionäre Postyschew und Eiche) tatsächlich eine Schuld bestand und diese zu Recht verurteilt worden waren.

Diese Punkte und viele andere (z. B. die Deportationen von nationalen Minderheiten im 2. Weltkrieg, Stalins angeblicher Erlaubnis der Anwendung von Folter, Stalins Rolle im 2. Weltkrieg etc.) werden in „Khrushchev Lied“ ausführlich behandelt.

Am Buch als solches gibt es wenig auszusetzen, außer vielleicht, dass Furr die Rolle von Beria (dem Nachfolger von Jeschow als Chef des NKWD) zu positiv einschätzt und das Buch sehr akademisch ist. Diese Unzulänglichkeiten sind jedoch vernachlässigbar, und aufgrund

der Fülle an Faktenmaterial sollte dieses Buch in dem Schrank eines jeden Kommunisten stehen. Man kann nur wünschen, dass eine deutsche Übersetzung nicht so lange auf sich warten lässt.

Das Buch „Khrushchev Lied!“ kann unter anderem hier erworben werden: <http://www.erythrospress.com/store/furr.html>.

Die Homepage von Grover Furr ist ebenfalls zu empfehlen; dort finden sich viele interessante Arbeiten zu den Moskauer Prozessen, Katyn, den Gerichtsprotokollen von Jeschows Gerichtsverhandlung etc.: <http://chss.montclair.edu/english/furr/>

VERITAS - Rock für den Kommunismus

Im vergangenen März wurde die kommunistische Rockband VERITAS aus Dresden zehn Jahre alt. Mit über 300 Liedern auf 20 Alben und zahlreichen Musikvideos gewinnen sie Genossen für die kommunistische Revolution.

VERITAS kommt aus dem Lateinischen und bedeutet soviel wie Wahrheit, Wirklichkeit, Wahrheitsliebe - und darum geht es bei VERITAS. Unsere Gegenwart, die kapitalistischen Verhältnisse, werden von VERITAS musikalisch verarbeitet und beschrieben. Die Verhältnisse des Kapitalismus sollen erkannt werden. Doch bei der bloßen Erkenntnis bleibt VERITAS nicht stehen, sondern die Mitproletarier werden zum Kampf gegen den Kapitalismus und zum Kampf für den Kommunismus aufgerufen. Die Zuhörer sollen Genossen werden für die kommunistische Revolution. Die drei Bandmitglieder von VERITAS sind schon Kämpfer für den Kommunismus, denn sie sind schon lange Genossen in der Kommunistischen Initiative.

Im März 2001 gründete sich VERITAS. Die Bandmitglieder Michael (meist am Schlagzeug) und Hans-Jürgen (Gesang und Gitarre) kamen aus der kommunistischen Künstlergruppe „Les Chansonniers“, die sich 1999 in Dresden gegründet hatte und drei Alben veröffentlichte. Die Musik der „Les Chansonniers“ hatte auch schon die klare Analyse der kapitalistischen Verhältnisse zum Inhalt und bediente sich dazu oft satirischer Formen. Die „Les Chansonniers“ lösten sich offiziell niemals auf, sind aber seit 2001 nicht mehr aktiv. Wer sich für die Musik der „Les Chansonniers“ interessiert, findet sie auf dem youtube-Kanal „Freunde der Chansonniers“. Hans-Jürgen und Michael suchten neue Möglichkeiten der musikalischen Betätigung, fanden in Andreas als versiertem E-Gitarristen ein drittes Bandmitglied und gründeten VERITAS. Bis heute bilden diese drei Musiker den harten Kern der Band. Im März 2001 entstand auch das erste Album der Band, welches einfach

den Titel VERITAS I bekam. Alle nachfolgenden Alben wurden dann immer weiter nummeriert.

Im Laufe der Zeit wirkten viele Künstler und Interessierte am Projekt VERITAS mit. Dabei war besonders die Begegnung mit Wu Xinghong für den Weg der Band prägend. Auf den Alben 3, 5, 6, 7, 10, 11 und 15 wirkte sie nicht nur gesanglich mit, sondern hatte auch einen großen Einfluss auf den Inhalt der Lieder, da sie die Bandmitglieder als Muse inspirierte. Auch Gabriele Malo von dem Partito della Rifondazione Comunista (Italien) arbeitete mit VERITAS zusammen. Er ist auf den Alben 8, 10 und 13 zu hören. VERITAS 14 aus dem Jahr 2005 entstand mit der Gruppe „Volkes eigen“, einer kommunistischen Gesangsgruppe aus Dresden.



Michael, Hans-Jürgen und Andreas sind VERITAS

Die Band erfuhr, aufgrund ihrer klaren politischen Position, sehr viel Solidarität. Meist entstanden die Aufnahmen der einzelnen Lieder in den Wohnungen von Bekannten und Freunden. Die Band wurde dort nicht nur mit Essen, sondern auch immer mit Ideen gefüttert. Oder die Band bekam Instrumente geschenkt, z.B. Rumbakugeln aus Kuba. Solidarität erfuhr die Band auch durch die Erstellung einer Internetseite von einem Fan (siehe www.danile.de) und zahlreiche Filme, die von Fans zu Titeln von VERITAS hergestellt wurden (siehe www.veritas.kommunistische-kunst.de/video.htm).

Worum geht es nun in den Liedern von VERITAS konkret? Es ist schwierig, das typische VERITAS-Lied zu finden, mit dem sich die Gruppe am besten inhaltlich charakterisieren ließe. Viele Themenbereiche wurden von VERITAS bearbeitet. Einen großen Teil nahm und nimmt dabei die Solidarität mit den sozialistischen Staaten und da besonders mit Kuba ein. Schon auf dem ersten Album war ein Stück für Kuba enthalten. Fast jedes Album enthält Lieder, die zur Solidarität mit dem sozialistischen Kuba aufrufen. Dabei ist besonders das Lied „Urlaub am Fließband“ von VERITAS 8 erwähnenswert, das nach einer wahren Begebenheit entstand. Es erzählt von einem jungen Mann, der seinen Urlaub in Kuba verbringt und dort am Fließband arbeitet, weil Arbeit im Sozialismus Ehre ist. VERITAS 16 wurde speziell den fortschrittlichen Staaten in Amerika gewidmet und enthält auch ein Lied zum 80. Geburtstag von Fidel Castro („13. August“). Ein weiteres wichtiges Stück der VERITAS 16 ist „Companero Guevara“ zu Ehren des Genossen Che.

Viele Lieder von VERITAS widmen sich auch dem ehrenvollen Andenken an unsere Deutsche Demokratische Republik und sollen den großen historischen Stellenwert der DDR deutlich machen. Hierbei soll besonders die große Errungenschaft unseres Staates gewürdigt werden. Das Stück „Sie bleibt mein Vaterland“ von VERITAS 20 ist dafür ein gutes Beispiel.

Ein weiterer großer Themenbereich, der von VERITAS immer wieder bearbeitet wurde, ist der Bauernkrieg. Auch Friedrich Engels hat darüber geschrieben. Um an dieses revolutionäre Erbe zu erinnern und die revolutionäre Tradition zu pflegen, hat VERITAS viele Lieder den kämpfenden Bauern gewidmet, wie z.B. das Stück 1525 (2) von VERITAS 12, das von einem im Kampf tödlich verwundenen, aber ungebrochenen Bauern erzählt. Besonders VERITAS 18 befasst sich mit der frühbürgerlichen Revolution, der Epoche der Renaissance und dem Bauernkrieg. Hier sind zu nennen „La Primavera“ über Botticellis gleichnamiges Gemälde, „Jetzt im Morgengrauen“ und „Komm her“. Das Lied „Komm her“ ist dabei besonders gleichnishaft auf die Gegenwart bezogen, obwohl es sich thematisch mit dem Bauernkrieg befasst.

Viele Lieder schuf VERITAS auch zu Ehren der Sowjetsoldaten, unseren Befreier, und zu Ehren der siegreichen Sowjetunion (siehe unten stehenden Text). Hier sei stellvertretend auf das Lied „Sie zogen in den Kampf“ von VERITAS 20 hingewiesen, da es von Fans und auch von VERITAS selbst verfilmt wurde. Auch wurde der VERITAS-Film mehrfach auf russischen Internetseiten verlinkt. Der Film ist u. a. auf der DVD „PK-PV 3“ enthalten (siehe www.kommunistische-kunst.de/videos) sowie auf youtube zu sehen. Zu den Liedern zu Ehren der Sowjetsoldaten gehören auch die Lieder gegen den Faschismus, wie z. B. „Das Kind“ von VERITAS 16 sowie die Lieder zur Ehren des Genossen Stalin, wie „[www.stalinwerke](http://www.stalinwerke.de).

de“ von VERITAS 14 zeigt. Alle VERITAS-Stücke zu Ehren der Sowjetunion und der Sowjetsoldaten sind auf www.kommunistische-kunst.de/sowjetsoldaten.htm noch einmal zusammengetragen.

VERITAS 4 beschäftigt sich thematisch mit Goethe. Bis auf ein Stück sind alle Lieder vertonte Goethedichte. Weiterhin wurden auch Texte von Marx und Lenin vertont.

Auch kommt der Spaß bei VERITAS nicht zu kurz. Das zeigt z. B. das Stück „Entenschlachten“ von VERITAS 9, wo Hans-Jürgen beim Rupfen einer Ente der Gedanke kommt, den Bundesadler zu rupfen. Spaßig ist auch der „Katze-Fratze-Atze-Matratze-Blues“, ebenfalls von VERITAS 9.

Und wo finden wir alle Lieder und Filme von VERITAS? Die Alben von VERITAS können auf www.veritas.kommunistische-kunst.de oder der Fan-Homepage www.danile.de kostenlos heruntergeladen werden. Auf der Homepage von VERITAS findet ihr noch mehr Informationen zu den Bandmitgliedern von VERITAS und zur Bandgeschichte. Unter www.veritas.kommunistische-kunst.de/video.htm können alle Filme von VERITAS kostenlos heruntergeladen werden. Ebenso ist VERITAS auf youtube vertreten und dort unter dem Profilnamen „veritasdresden“ zu finden. Das meistgesehene Video mit mehr als 22.000 Aufrufen ist dort ein Lied über unsere Deutsche Demokratische Republik: „DDR - Niemals werd' ich dich vergessen!“.

Mit einem Text von VERITAS 17 beschließen wir die Vorstellung der kommunistischen Rockband VERITAS aus Dresden und wünschen uns, schon bald wieder etwas Neues von den Genossen zu hören.

Dank euch!

Immer werden wir dankbar sein. Dank euch ihr Sowjetsoldaten!

Ihr habt uns vom Faschismus befreit. Dank euch für die Befreiungstaten!

Niemals wird sie vergessen, eure große Befreiungstat, Denn sie gab uns erst die Möglichkeit, dass wir ihn schaffen konnten unseren Staat.

Ihr setztet euer Leben ein, ihr ruhmreichen Sowjetsoldaten.

Und das wird nie vergessen sein! Wir werden euch niemals verraten!

Ihr brachtet uns Essen, hier nach Deutschland in das Trümmerfeld.

Brachtet uns dann auch Traktoren. Endlich wurde das Friedensfeld bestellt.

Endlich wurde das Friedensfeld bestellt.

Mit Washington gegen ALBA USA geben deutschen Stiftungen den Vortritt

Die militärische, wirtschaftliche und politische Schwäche der USA zeigt sich unter anderem darin, dass Washington die konterrevolutionäre Arbeit seiner Entwicklungshilfeagentur USAID in Venezuela im Februar 2011 beenden musste. Zu offensichtlich war die Unterstützung der US-Einrichtung für die Opposition, die auch vor Gewalt und Putsch nicht zurückgeschreckt hat, um den demokratisch legitimierten Präsidenten Hugo Chávez aus dem Amt zu vertreiben. Der Comandante der Bolivarianischen Revolution und seine Ver-

einigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) reagierten auf die US-Einmischung unter anderem mit einem Gesetz, das die Zusammenarbeit inländischer Parteien mit dem Ausland reguliert und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland verbietet. Der Rückzug der USAID aus Venezuela bedeutet für die Verteidiger des dortigen Transformationsprozesses eine gewonnene Schlacht, aber der Krieg um Souveränität und Selbstbestimmung geht weiter.

Dass die USA dieses Feld räumen, heißt nicht, dass sie es

ihren Feinden überlassen, sondern dass sie ihre Verbündeten nachrücken lassen werden. Im vorliegenden Fall sind das die parteinahen Stiftungen der Bundesrepublik Deutschland. In ihrem Bericht über die Arbeit westlicher Einrichtungen gegen Chávez hob die spanische FRIDE-Stiftung 2010 besonders die Effizienz deutscher Institutionen vor. Mit ihnen will Washington zusammenarbeiten, um die verlorene Kontrolle über das Gebiet zurückzugewinnen, das die USA weiterhin als ihren „Hinterhof“ ansehen.

Der Begriff „Stiftung“ bezieht sich auf ein bestimmtes Vereinsmodell in Deutschland. So gibt es die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die die Bundesregierung berät. Darüber hinaus verfügt jede der sechs im Bundestag vertretenen Parteien über eine Stiftung, die ihrer Ideologie „nahesteht“. Nach dem üblichen „Links-Rechts“-Schema ergibt sich folgendes Bild:

Ihre Hauptaufgabe liegt in der Fortbildung der Kader und

Partei	Stiftung	Ausrichtung	Zuschüsse 2009
CSU (Christlich-Soziale Union)	Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	rechts	9,8 Mio. Euro
CDU (Christlich-Demokratische Union)	Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	rechts	28 Mio. Euro
FDP (Freiheitlich Demokratische Partei)	Friedrich Naumann Stiftung (FNS)	Mitte rechts	9,8 Mio. Euro
SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	Mitte	31 Mio. Euro
Bündnis 90/Grüne	Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)	Mitte	9,8 Mio. Euro
Die Linke	Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)	links	6,6 Mio. Euro

Mitglieder der Mutterpartei. Die vom Gesetz geforderte „Unabhängigkeit“ von der ihr „nahestehenden“ Partei ist relativ, weil es der Bundestag ist, der über die Zuschüsse entscheidet, die die Stiftungen seitens des Staates erhalten.

Diese Einnahmen machen etwa 90 Prozent des jeweiligen Stiftungsetats aus. Eine weitere Finanzierungsquelle sind das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Letzteres hat 216 Millionen Euro für konkrete Projekte (2010-2012) eingeplant. Aus diesem Grund pflegen die Stiftungen einen engen Kontakt untereinander und mit den beiden Ministerien.

Aber: „Sie sind weder ‚Instrumente‘ noch ‚Akteure‘ der Außenpolitik – sie sind beides in einem“, stellt die Politologin und Stiftungsexpertin Swetlana W. Pogorelskaja fest. Sie kommen in den Bereichen zum Einsatz, wo die deutsche Diplomatie nicht handeln kann oder will. So waren es 1973 deutsche Parlamentarier, die Bargeld nach Chile brachten, um die Opposition zu finanzieren, die sich für den von der CIA geplanten Staatsstreich gegen Salvador Allende vorbereitete. Parallel dazu trug Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) Washingtons Wirtschaftsblockade gegen Santiago de Chile mit.

In weiteren Ländern der Region zogen die deutschen Stiftungen es vor, diskreter zu operieren. Aber ihre systematische Zusammenarbeit mit den Schwesterparteien ist im Niedergang begriffen, seit 1998 Chávez die Präsidentschaftswahlen in Venezuela gewann. In der Folge haben die traditionellen Verbündeten der deutschen Stiftungen in allen ALBA-Staaten kontinuierlich an Bedeutung verloren.

Nur die KAS hat bewusst auf die neue Situation reagiert. Sie

hat die Zahl ihrer Partner reduziert und sich neue Alliierte gesucht, wie zum Beispiel Primero Justicia, eine Partei, die 2002 mit gegen Chávez putschte. Außerdem hat sie in Bolivien und Ecuador ihre Arbeit mit indigenen Personen und Organisationen verstärkt, die bestenfalls „kritisch“ zu den Präsidenten Evo Morales beziehungsweise Rafael Correa stehen. Ihre Arbeit in der Region hat die KAS 2007 mit dem International Republican Institute (IRI) in Anwesenheit von Daniel Fisk, dem damaligen Nationalen Sicherheitsberater von US-Präsident George W. Bush, abgestimmt. Darüber hinaus arbeitet sie mit antikubanischen Elementen zusammen, die über eine CIA-Anbindung verfügen.

Auf eine bisher nicht dagewesene Weise hat die liberale FNS ihre Ablehnung des ALBA-Projektes gezeigt, indem sie 2009 Roberto Micheletti vor, während und nach dem Militärputsch gegen den legitimen Präsidenten von Honduras, Manuel Zelaya, half, den sie in Deutschland als einen legalen Akt dar-

stellte. Hier sieht man die doppelte Funktion der Stiftungen: Im Gastland mischen sie sich in die inneren Angelegenheiten ein; daheim besteht ihre Arbeit in der Desinformation, im Absichern von illegalen Aktionen wie der in Honduras und im Voranbringen von Resolutionen, die ALBA-Mitgliedern verurteilen. Die übrigen Stiftungen haben die FNS für ihre Einmischung in Honduras nicht kritisiert, weil ihnen das ein „ungeschriebenes Gesetz“ verbietet.

2010 hat die SWP der Bundesregierung empfohlen, die Arbeit der Stiftungen in Lateinamerika zu erweitern oder zu ergänzen. Diese solle sich auf „demokratische Repräsentationsstrukturen“ und „innerparteiliche und innergesellschaftliche Moderationsprozesse“ konzentrieren. Die SWP nennt als Arbeitsgebiete „den sich anbahnenden Klärungsprozess innerhalb der Linken, die Neuordnung der Rechten und das Entstehen starker grüner Initiativen“.

Jetzt hängt es von jeder Stiftung selbst ab, ob sie ein „Instrument-Akteur“ der deutschen Außenpolitik bleiben will und sich weiter in die inneren Angelegenheiten der ALBA-Staaten einmischt oder ob sie zum Respekt vor dem internationalen verbrieften Selbstbestimmungsrecht der Völker zurückkehrt.

Ingo Niebel

Unser Gastautor ist Journalist, Historiker und Buchautor, Spezialist für Mittel- und Lateinamerika sowie das Baskenland. Zudem ist er Redakteur des geheimdienstkritischen Magazins GEHEIM

Hände weg von Libyen!

Nachfolgenden Aufruf des „Deutschen Freidenker-Verbandes (DFV)“ vom März dieses Jahres haben wir als „Kommunistische Initiative“ sofort unterstützt und verbreitet. Leider sind nur sehr wenige politische Organisationen und Persönlichkeiten auch aus der sich kommunistisch verstehenden Linken diesem Beispiel gefolgt. Seither gibt es eine Reihe weiterer Aufrufe „in Sachen Libyen“. Keiner ist in seiner Konsequenz dem des DFV vergleichbar. Wieder einmal will man sich ganz offensichtlich nicht klar und eindeutig positionieren – wie in anderen grundsätzlichen Fragen auch. Auch dies ist ein sehr deutliches Zeichen für den Niedergang dessen, was noch von der kommunistischen Bewegung in der BRD übrig geblieben ist. Wir haben von Beginn an über die tatsächlichen Hintergründe der imperialistischen Aggression gegen Libyen, vor allem auch in YouTube (KI Aktuell, Der Schwarze Kanal), berichtet, uns eindeutig positioniert, wo andere noch schwiegen; wir haben enthüllt, dass die so genannten Rebellen nichts anderes als gesteuerte Marionetten des Imperialismus sind. Dafür wurden wir oft angefeindet, aber inzwischen ist dies auch in bürgerlichen Medien direkt oder indirekt nachzulesen.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für politisch strategisch wichtig, den Aufruf des DFV noch intensiver bekannt zu machen und um seine Unterstützung zu werben. Er gibt klare anti-imperialistische Orientierungen!
Redaktion „Einheit“/KI

Unter der Führung der USA, Großbritanniens und Frankreichs wird ein Angriffskrieg gegen Libyen (Libysch-Arabische Dschamahirija) geführt. Der UNO-Beschluss über eine Flugverbotszone wird zur Legitimation eines Zerstörungskrieges herangezogen. Das Ziel liegt auf der Hand: Es geht um geopolitische Machtfragen sowie den Zugriff auf die Erdöl- und Erdgasvorkommen des Landes. Die nationalisierte Ölproduktion soll wieder unter die Kontrolle der Ölmultis kommen. Wie beim Überfall auf den Irak stellt Deutschland seine Infrastruktur für die Aggression zur Verfügung, die vom Afrika-Kommando der US-Streitkräfte (AFRICOM) bei Stuttgart koordiniert wird.

Der Propaganda der Aggressoren widerstehen!

Die Propagandamaschine läuft auf Hochtouren, um schnell ein paar „ehrenhafte“ Kriegsgründe vorzuschubsen - Libyens Revolutionsführer Muammar al-Ghaddafi ist „auch in den deutschen Massenmedien“ vom Diktator zum „irren Schlächter“ und „Völkermörder“ befördert worden. Die von den Kriegstreibern ausgerüstete monarchistische Rebellenarmee wird als „Demokratiebewegung“ geadelt. Ein wohlbekanntes Muster, nach welchem schon Hitlers Annexion des „Sudetenlandes“ oder der NATO-Angriff gegen Jugoslawien entfesselt wurden. Die französischen, britischen und US-Imperialisten haben das Entstehen der echten Demokratiebewegung in der arabischen Welt, die sich gegen westliche Lakaien richtet, ausgenutzt, um den Bürgerkrieg in Libyen zu entfachen, der sich nur scheinbar in die Vorgänge in den Nachbarländern einreicht. Doch bei näherem Hinsehen ist die Situation in diesem Land mit der geringsten Armut auf dem ganzen afrikanischen Kontinent eine andere. Die Rebellen kommen nicht von der Straße, sondern sie sind gezielt aufgebaut, bewaffnet und vom CIA trainiert worden, um die Zentralregierung zu destabilisieren.

Anders als in Tunesien, Ägypten, Bahrain oder im Jemen schwenken sie nicht die Staatsflagge, welche die nationale Befreiung vom kolonialistischen Joch symbolisiert, sondern die alte Flagge des Königreichs Libyen, die Flagge der kolonialen Sklaverei. Für die behaupteten Luftangriffe der libyschen Streitkräfte auf „Demonstranten“ fehlt hingegen jede Spur eines Beweises. Während der Westen angesichts unbewaffneter Demonstranten in Tunesien und Ägypten „beide Seiten“ zum „Gewaltverzicht“ aufrief, wird dies angesichts schwerbewaffneter Rebellen in Libyen nur von der Regierung verlangt. Gegen die saudische Militärintervention gegen die gewaltfreien Demonstranten in Bahrain gibt es nur laue Ermahnungen.

Nein zur verbrecherischen Aggression!

Der UN-Sicherheitsrat hat die UNO-Mitgliedsstaaten ermächtigt „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, (...) um Zivilisten und von Zivilisten bewohnte Gebiete zu schützen“. Die Hauptkriegstreiber USA, Großbritannien und Frankreich legen dies als Generalermächtigung für Luftangriffe auf Libyen aus, für deren Koordinierung sie die NATO in Bewegung setzen wollen. Nachdem eine „Flugverbotszone“ bei Unbedarften einen „humanitären“ Eindruck erwecken konnte, wird nun offen „Ghaddafi weggebombt“. Eine „humanitäre Intervention“ ist erfahrungsgemäß die Tarnung für einen imperialistischen Raubkrieg. Die Angriffe, vorgeblich zum Schutz von Zivilisten, fordern wieder hauptsächlich zivile Opfer. Nach der aus Jugoslawien, Irak und Afghanistan bekannten Strategie zielen die Angriffe auf eine maximale Zerstörung der zivilen Infrastruktur. Bleibende Armut und Unterentwicklung werden die Folge für das libysche Volk sein. Gelingt es der Rebellenarmee, unterstützt von den Bomben der Kriegsallianz, die Kontrolle im Land zu übernehmen, steht dem Volk eine grausame Terrorherrschaft bevor, die alle tatsächlichen und vermeintlichen Gewalttaten der bisherigen Regierung in den Schatten stellen würde.

Solidarität mit dem libyschen Volk heißt Solidarität mit der rechtmäßigen libyschen Regierung!

Ob die Staats- und Gesellschaftsordnung in der Libysch-Arabischen Dschamahirija den Interessen des libyschen Volkes entspricht, kann das Volk nur in freier Selbstbestimmung entscheiden. Eine vom Ausland unterstützte Rebellenarmee kann niemals die Interessen des libyschen Volkes vertreten, schon gar nicht, wenn sie unter der Deckung von Bombenangriffen kämpft. In der Stunde des barbarischen Angriffs auf die libysche Souveränität darf es keine ideologische Verwirrung, keine Konzessionen an die Kriegspropaganda, kein unentschlossenes „Ja, aber...“ auf Seiten der Friedensbewegung geben. Ihre Unterstützung muss ausnahmslos allen zuteilwerden, die den Angriff der Imperialisten und ihrer fünften Kolonne abwehren, mit der rechtmäßigen libyschen Regierung an der Spitze. Für das „Feindbild Ghaddafi“ ist nur Platz im Propaganda-Arsenal der Aggressoren. Man kann nur ganz oder gar nicht gegen diesen Krieg sein!

Lang lebe die Libysch-Arabische Dschamahirija! Stoppt die Aggressoren!

März 2011

ViSdP: Deutscher Freidenker-Verband, Klaus Hartmann, Schillstr. 7, 63067 Offenbach am Main, vorstand@freidenker.de

Israels Existenzrecht?

– 16. Juni 2011 **Veröffentlicht in:** Palästina, Solidarität & Widerstand, Zionismus & Besatzung

Von Alan Hart, Deutsche Übersetzung: Freunde der PFLP

Premierminister Netanjahu eröffnete die Winterperiode der Knesset am Montag, dem 12. Oktober 2009, mit einem Angriff auf den Goldstone Bericht, welcher Israel anklagt, Kriegsverbrechen begannen zu



haben. Er erklärte, kein Israeli dürfte dafür belangt werden – doch das war nicht seine zentrale Botschaft. Die bestand vielmehr aus einem Appell, der, wie mir scheint, mit einem gewissen Maß an Verzweiflung an die „Palästinenserführung“, vermutlich die Führung von „Präsident“ Abbas und seine Fatah-Kumpel gerichtet war, an Führer, welche von vielen, wenn nicht gar den meisten Palästinensern als amerikanisch-israelische Marionetten im besten, als Verräter im schlimmsten Fall gesehen werden.

Netanjahu rief diese Führung wieder einmal dazu auf, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen, da dies der einzige Schlüssel zum Frieden sei und bleibe. Und so weiter und sofort...

„Über 62 Jahre haben die Palästinenser ‚Nein‘ zum jüdischen Staat gesagt. Ich rufe unsere palästinensischen Nachbarn einmal mehr auf – sagt ‚Ja‘ zum jüdischen Staat. Ohne Anerkennung Israels als Staat der Juden wird es uns nicht möglich sein, Frieden zu erreichen... So eine Anerkennung ist ein Schritt, der den Mut von der palästinensischen Führung erfordert, ihrem Volk die Wahrheit zu sagen – dass es ohne diese Anerkennung keinen Frieden geben kann... es gibt keine Alternative für die Palästinenserführer, als Mut zu zeigen und den jüdischen Staat anzuerkennen. Dies war und bleibt der wahre Schlüssel zum Frieden.“

Wie Ha'aretz in ihrem Bericht schreibt, ist Netanjahus Forderung nach einer palästinensischen Anerkennung

Israels als jüdischen Staat „seine Art, **Israels Existenzrecht** im Gegensatz zum einfachen *Anerkennen Israels* sicherzustellen“.

Ha'aretz ergänzt, es ist dieses Existenzrecht, das Netanjahu und viele andere Israelis als wahren Kern des israelisch-palästinensischen Konfliktes sehen. Im Namen des Pragmatismus ist der Wille, Israel „nur anzuerkennen“ – also, das friedliche Zusammenleben mit einem Israel in den Grenzen vor Juni 1967 – seit langem eine palästinensische und gesamt-arabische Position. Warum ist es mit der Anerkennung Israels nicht genug, und warum geht es dem Zionismus wirklich so sehr um die Anerkennung dieses Existenzrechtes durch die Palästinenser?

Die Antwort ist folgende: Da Geschichte vom Sieger geschrieben wird wurde Israel laut gängiger zionistischer Version mit der UN Teilungsresolution vom 29. November 1947 geboren und legitimiert. Das ist jedoch Propaganda und Unsinn!

Zuerst: **Die UNO hatte** ohne die Zustimmung der Mehrheit des palästinensischen Volkes **nicht das Recht**, Palästina zu teilen oder einen Teil seines Gebietes an eine Minderheit fremder Einwanderer zu verschenken, damit diese daraus ihren eigenen Staat machen würden.

Davon abgesehen hat **die UN-Generalversammlung** – nur mit knapper Mehrheit, nach einer gefälschten Abstimmung – **eine Resolution vorgeschlagen**, nach der Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Teil getrennt würde, wobei Jerusalem keinem Teil gehören sollte. Doch war diese Resolution eben nur ein Vorschlag – das heißt, sie hatte keine politischen Konsequenzen, solange der Sicherheitsrat nicht zustimmte.

Die Wahrheit ist, dass der Teilungsvorschlag der Generalversammlung **nie zum Sicherheitsrat zur Abstimmung gelangte**. Warum nicht? Weil die USA wussten, dass er im Falle einer Annahme angesichts des Widerstandes der Araber und Muslime nur gewaltsam umgesetzt werden könnte; und Präsident Truman war nicht darauf vorbereitet, Palästina gewaltsam zu zerteilen.

Also wurde der Teilungsplan hinfällig (und ungültig). Die Frage, was zum Teufel mit Palästina geschehen sollte – nachdem die Briten nur Chaos gestiftet und sich, dem zionistischen Terror wirkungsvoll nachgebend, zurückgezogen hatten – kehrte für weitere Debatten in die Generalversammlung der UNO zurück. Die bevorzugte Option, von den USA vorgeschlagen, war ein zeitweises Mandat für die UNO. Es geschah, während die Generalversammlung über die nächsten Schritte beriet, dass **„Israel“ sich einseitig selbst als existierend ausrief** – dem Willen der organisierten internationalen Gemeinschaft, der Truman Administration mit eingeschlossen, zum Trotz.

Die Wahrheit der Zeit war, dass **der zionistische Staat**, welcher vor allem als Ergebnis der zuvor geplanten ethnischen Säuberung errichtet wurde, kein Recht hat zu existieren und, um zum Punkt zu kommen, **kein Recht haben kann zu existieren AUSSER ... Außer wenn er von denen anerkannt wird**, welche ihres Landes während der Erschaffung des zionistischen Staates beraubt wurden. **Laut internationalem Recht können nur die Palästinenser „Israel“ die Legitimität geben, um die sie flehen.**

Es war die Legitimation, welche die Zionisten den Palästinensern als Einziges nicht mit Gewalt nehmen konnten und nicht können werden.

Da wundert es nicht, dass Premierminister Netanjahu mehr als nur ein bisschen besorgt ist. Israels Führer haben die hier zusammengefasste Wahrheit immer gekannt. Es ist Zeit, dass es der Rest der Welt erfährt.

Alan Hart ist ein ehemaliger Auslandskorrespondent

für ITN und BBC Panorama. Er berichtete über Kriege und Konflikte, insbesondere aus dem Nahen Osten.

Quelle: <http://www.alanhart.net/israel%E2%80%99s-right-or-not-to-exist-the-facts-and-truth>

Quelle: <http://www.pflp-info.de/palastina/existenz-recht-israel>

DGB-Mini-Mindestlohn von 8,50 Euro befördert Altersarmut, Hartz-IV und Sozialhilfe!

Notwendig ist ein flächendeckender Mindestlohn ab 12 Euro aufwärts!

Wer in seinem Arbeitsleben nur Geringverdiener war und 1500 Euro monatlich verdient hat, muss bereits heute 43 Jahre in Vollzeit arbeiten, um die gesetzliche Grundversicherung, analog

Hartz IV bzw. Sozialhilfe, zu erhalten. Im Hinblick auf die Altersversorgung haben sich damit mehr als vier Jahrzehnte physische und psychische Arbeit nicht gelohnt, denn den offenen

Hartz-IV-Vollzug gibt es ohnehin.

Die Entwicklung der Arbeitslöhne bildet über das Umlageverfahren die Grundlage zur Finanzierung der Renten und durch die individuelle Lohnhöhe entsprechend dem Äquivalenzprinzip von Beiträgen und Leistung wird der (spätere) individuelle Rentenanspruch festgelegt.

Nur ein „guter Lohn“ im Kapitalismus führt auch zu einer „guten Rente“. Diese Wahrheit sollte vor diesem Hintergrund auch für die „Sozialpartner“ und andere Opportunisten eine Binsenweisheit sein.

Es muss eine entsprechende Lohnsumme vorhanden sein, um die laufenden Renten bezahlen zu können und den Rentenbeitrag auf einem 'akzeptablen' Niveau zu halten, und der individuelle oder kollektive Arbeitslohn sollte eine bestimmte Höhe erreichen, um im Alter eine auskömmliche und menschenwürdige Rente sicherzustellen.

Der Rückgang der realen Arbeitslöhne für große Teile der werktätigen Bevölkerung und der Lohnquote an der realen -tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung haben die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung erheblich eingeschränkt. Durch die Kopplung der Rentenzuwächse an die allgemeine Lohnentwicklung sind nicht nur die unteren Löhne, sondern auch die Renten hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurückgeblieben.

Beispielsweise: In den letzten beiden Jahrzehnten ist die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe, im Handel, in Banken und Versicherungen um 35 Prozent gestiegen, die Reallöhne

sind aber im gleichen Zeitraum um 7 Prozent gesunken, so die Feststellung des Ökonom Prof. Harry Nick im ND vom 12. März 2010.

Zugleich führt ein sich ausbreitender Niedriglohnsektor dazu, dass immer mehr Menschen im Alter nur noch Mini-Renten beziehen und Altersarmut zu einem Massenphänomen wird.

Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommt zur Feststellung: „Ein Drittel jobbt für unter 12 Euro“. Bereits 36 Prozent aller abhängig Beschäftigten arbeiten für einen Mini-Niedriglohn unter 12 Euro. [1]

Es ist nicht die Aufgabe der DGB-Gewerkschaften Mini-Arbeitslöhne unter 12 Euro zu propagieren und damit gleichzeitig die soziale Armut: Hartz-IV, Altersarmut und

Sozialhilfe bzw. die unzureichende gesetzliche „Grundversicherung“ im Alter zu befördern.

Aufgabe der DGB-Gewerkschaften und sozialen Bewegungen muss es vor allem sein, für auskömmliche Arbeitslöhne zu kämpfen und sich nicht den Verwertungsanstrengungen der Kapitalinteressen von BDI und BDA-Verbänden und deren Lobbyisten in Parteien, Regierungen und Parlamenten zu beugen.

Erinnerung.

Der DGB berichtete bereits am 19.05.2008 wie folgt:

„Die Dimension des Armutproblems wird umso deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass die Armutsschwelle trotz der hohen Inflation von 2003 bis heute (von 938 auf 781 Euro) abgesenkt wurde.“ (C)

Hierzu nochmals: Es ist nicht die DGB-Aufgabe, Mini- (Netto und Brutto)-Mindestlöhne unterhalb der Armutsschwelle von 2003 - ohne auskömmlichen Rentenanspruch - zu befördern, sondern auskömmliche Arbeitslöhne und (menschenwürdige) gesetzliche Altersrenten durchzusetzen. Dies, auch im gewerkschaftlichen Arbeitskampf, auch unter Beteiligung der Stammebelegschaften in den Betrieben, der Kolleginnen und Kollegen bei Volkswagen, BASF, Siemens, E.ON, Vattenfall, Daimler und BMW an solidarischen Kampfmaßnahmen. Für ihre Beteiligung am flächendeckenden Arbeitskampf und gegen den Arbeitsfrieden zwischen Arbeit und Kapital müssen nicht nur DGB-Gewerkschafter kämpfen!

[1] Böckler Impuls 09/2011: „Fünf Millionen unter 8,50 Euro“

36 % unter 12 Euro-Std - im Mini-Niedriglohn!

http://www.boeckler.de/32014_114001.html

Empfehlung, - nicht nur für Funktionäre und „Sozialpartner“ bzw. Kapitalpartner:

A) „Guter Lohn für gute Rente“ - von Dr. Thorsten Schulten.

WSI - Diskussionspapier Nr. 164, Juni 2009.

http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_164.pdf

B) Lohndifferenz - „mit“ und „ohne“ Tarifvertrag!

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/kombilohn/niedrtarif.pdf>

C) Der Armutbericht der Bundesregierung ist ein Schwindel nach unten!

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/allg/schramm.pdf>

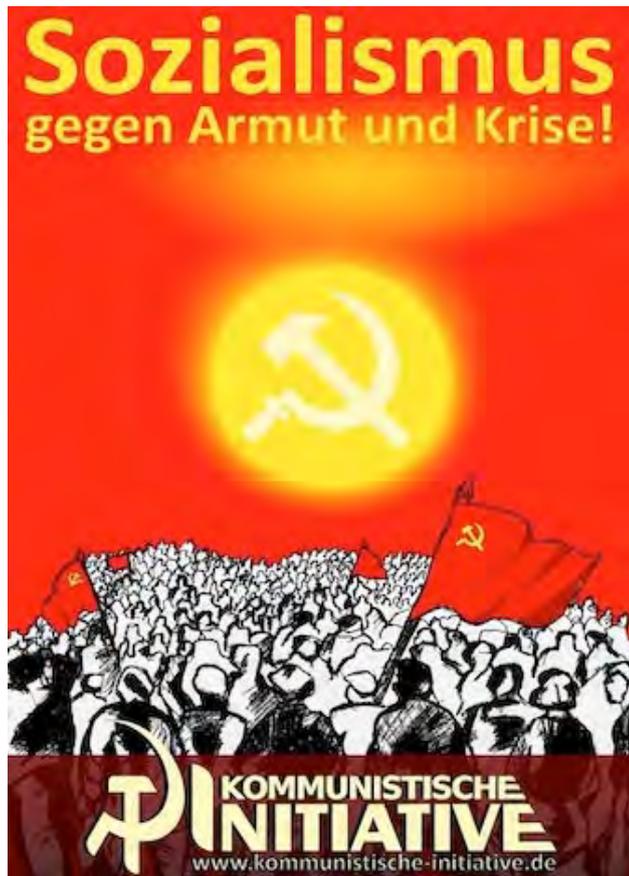
Merke:

Lohnverzicht, Hartz IV und weiterer Sozialabbau befördert die Multimillionäre - auch in ihrer Deutschland AG.

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0611/t230611.html>

Aktuelle Aufkleber

Jetzt bestellen auf der KI Homepage!

**KI-Kontakte:****Allgemein:**

kontakt@kommunistische-initiative.de
 www.kommunistische-initiative.de

Regionalgruppe Berlin/Umland

ki@ki-berlin.kommunistische-initiative.de

Schleswig-Holstein:

sh@kommunistische-initiative.de

Hamburg/Niedersachsen:

nds@kommunistische-initiative.de

Nordrhein-Westfalen:

ki-nrw@kommunistische-initiative.de
 www.nrw.kommunistische-initiative.de

Frankfurt/Umland:

rg.frankfurt.main.umland@kommunistische-initiative.de

Dresden/Südost:

ki-dresden@kommunistische-initiative.de
 www.dresden.kommunistische-initiative.de
 www.sachsen.kommunistische-initiative.de

Regionalgruppe Cottbus

rg-ost@kommunistische-initiative.de

Regionalgruppe Süd-Ost

suedost@kommunistische-initiative.de

Baden-Württemberg:

bawue@kommunistische-initiative.de

KI-TV:

ki-tv@kommunistische-initiative.de

Der Schwarze Kanal:

<http://www.youtube.com/user/DSKSchwarzerKanal>

KI auf YouTube:

<http://www.youtube.com/user/KIDeutschland>

NEU: Stützpunkte NRW:

Düsseldorf: ddorf@kommunistische-initiative.de
 Duisburg: duisburg@kommunistische-initiative.de
 Köln: koeln@kommunistische-initiative.de
 Münsterland: muensterland@kommunistische-initiative.de

KI-Spendenkonto:

Konto: Torsten Reichelt
 Konto-Nummer: 420 232 1850
 BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden)
 Verwendungszweck: „KI-2011“

Impressum:

Einheit wird herausgegeben vom Exekutivkomitee (EK) der Kommunistischen Initiative (KI) in der Bundesrepublik Deutschland
 Redaktion: Mediengruppe der KI
 Herstellung: Eigendruck
 Namentlich nicht gekennzeichnete Artikel sind von der Redaktion. Für namentlich gekennzeichnete Artikel tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muss nicht mit den Auffassungen der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die gesamte Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Das Copyright für alle Beiträge liegt bei der Redaktion, ggf. auch zusätzlich bei den Autoren. Nach Absprache und mit deutlicher Quellenangabe können Artikel der EINHEIT nachgedruckt oder vervielfältigt werden
 Kontakt: Willi Franke, c/o Postfach 270324, 50509 KÖLN, Tel & Fax: 03212-1322182
 Mail: info@kommunistische-initiative.de
 Homepage: www.kommunistische-initiative.de
 Konto: Torsten Reichelt, Konto-Nummer: 420 232 1850, BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden) Verwendungszweck: „EINHEIT“
 V.i.S.d.Pr.: J. Focke, Berlin

Antrag auf Mitgliedschaft in der Kommunistischen Initiative

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Bundesland: _____

Gruppe: _____

Stützpunkt: _____

Ja, ich möchte einen Stützpunkt gründen:

In weiteren Parteien/Organisationen organisiert: _____

Datum, Unterschrift

Bitte unterschreiben und zur nächsten Gruppensitzung mitbringen – oder per Posten oder faxen:
KI, Willi Franke, Postfach 270324, 50509 Köln, Fax: 03212-1322182
oder unterschrieben einscannen und als Anlage senden an:
kontakt@kommunistische-initiative.de

WICHTIG: Mitglied der KI kann nur sein, wer die Mitgliedschaft persönlich beantragt und den Aufnahmebeitrag von 10.00 € entrichtet an:

Konto:
Torsten Reichelt
Konto-Nummer: 420 232 1850
BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden)

Verwendungszweck: „KI-Aufnahmebeitrag“

Die Aufnahme erfolgt in der örtlichen Gruppe bzw. Regionalorganisation.

Die Einheit abonnieren:

Liebe Freunde, liebe Genossen,
wenn Ihr diese Abonnement-Anfrage ausgefüllt und an die unten genannte Adresse zurücksendet,
abonniert Ihr die „Einheit“ gegen eine kleine Spende (Spendenempfehlung: 1,50 € - 3,00 € pro Exemplar). Bitte richtet bezüglich der Spende einen Dauerauftrag bei eurer Bank ein.

Kontakt: Willi Franke
c/o Postfach 270324
50509 KÖLN

Konto: Torsten Reichelt Konto-Nummer: 420 232 1850 BLZ: 850 503 00 (Ostsächsische Sparkasse Dresden) Verwendungszweck: „Einheit“

Name: _____ Nachname: _____ Straße: _____ Ort/PLZ: _____